

**FORSCHUNGSINSTITUT**  
**Abteilung Außenpolitikforschung**

**Henrik Bischof**

**Der Krieg in Tadschikistan**  
**- Zusammenprall der Zivilisationen? -**

C 96 - 02119

**FRIEDRICH**  
**EBERT**   
**STIFTUNG**

**Friedrich-Ebert-Stiftung  
Abteilung Außenpolitikforschung**

**Henrik Bischof**

**Der Krieg in Tadschikistan  
- Zusammenprall der Zivilisationen? -**

Studie zur Außenpolitik  
Nr. 71  
Bonn, Oktober 1996



**C 96 - 02119**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Friedrich–Ebert–Stiftung ist (auch in Auszügen) nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der FES gestattet.

Friedrich–Ebert–Stiftung  
Forschungsinstitut  
Abt. Außenpolitikforschung

53170 Bonn

ISSN 0938–9571  
ISBN 3–86077–552–9

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Der Krieg in Tadschikistan – Zusammenprall der Zivilisationen? –</b>	<b>1</b>
<b>1. Die Vorgeschichte</b>	<b>3</b>
<b>2. Der Weg zur Unabhängigkeit</b>	<b>6</b>
<b>3. Der Bürgerkrieg</b>	<b>10</b>
<b>4. Das kommunistische Terror-Regime</b>	<b>12</b>
<b>5. Der Partisanenkrieg der Mujahedin</b>	<b>17</b>
<b>6. Die Afghanistan-Connection</b>	<b>18</b>
<b>7. Die Usbekistan-Connection</b>	<b>22</b>
<b>8. Die russische Intervention</b>	<b>24</b>
<b>9. Die Sicht der Medien</b>	<b>28</b>
<b>10. Die Präsenz der UNO und der OSZE</b>	<b>31</b>

# DER KRIEG IN TADSCHIKISTAN

– Zusammenprall der Zivilisationen? –

Vom Krieg in Tadschikistan nehmen westliche Medien und auch die russische Presse kaum Notiz, obwohl dieser Krieg hinsichtlich der Zahl der Opfer die kriegerischen Auseinandersetzungen in Bosnien, Abchasien oder Karabach in den Schatten stellt. Und nicht nur aus diesem Grunde sollte die Öffentlichkeit den Ereignissen in Tadschikistan mehr Aufmerksamkeit schenken. Vielmehr stellt sich die Frage, ob der Krieg in diesem zentralasiatischen Land als ein erstes Beispiel für die Thesen des Harvard-Politologen Samuel P. Huntington über den **Zusammenprall der Zivilisationen** dienen kann (vgl. Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs*, Bd. 72, Nr. 3, Sommer 1993, S. 22–49).

Als Kriegsparteien stehen sich Vertreter der **Moderne** – Kommunisten und Demokraten – sowie der **Postmoderne** – Nationalisten und Islamisten – gegenüber. **Demokraten, Nationalisten und Islamisten** verbündeten sich gegen die **Kommunisten**. Trotzdem gelang es den Kommunisten mit Hilfe Moskaus, sich an der Macht zu halten. Die russische Zivilisation setzte sich gegenüber der traditionellen zentralasiatischen Zivilisation durch. Während die Islamisten heute einen Partisanenkrieg gegen das kommunistische Terrorregime führen, spalteten sich die Demokraten und die Nationalisten, die schwächsten Glieder dieser Auseinandersetzung. Die Anhänger des westlichen Wertesystems (Liberalismus) unter den Demokraten verließen das Bündnis mit den Islamisten und zeigten sich kompromißbereit gegenüber den anderen Repräsentanten der Moderne in Tadschikistan, den Kommunisten. Eine ähnliche Entwicklung ergab sich bei den Nationalisten, die sich die Schaffung eines modernen tadschikischen Nationalstaates zum Ziel gesetzt haben.

Die Tadschiken – und die anderen zentralasiatischen Völker – machen jetzt einen Prozeß durch, den Westeuropa vor 500 und die Türkei (Kemal Atatürk) vor 70 Jahren abgeschlossen haben: **die Herausbildung der Nation**. Die Islamisten stehen zwar der nationalstaatlichen Idee ablehnend gegenüber, wollen sie jedoch als politischer Machtfaktor wirken, müssen sie die nationalistischen Ideen differenziert betrachten. Ein tadschikischer Nationalismus kann nur auf dem Boden der islamischen Kultur gedeihen, d.h. in Distanz gegenüber nichtislamischen Ausländern (z.B. Russen).

Die tadschikischen Kriegsparteien beteuern zwar, daß sie ausnahmslos für Demokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft sind, doch sind diese Begriffe des westlichen Liberalismus der traditionellen Kultur der Völker Tadschikistans ebenso fremd wie der europäische Etatismus (Staatsgedanke). Im künstlich geschaffenen "sowjeti-

schen" Tadschikistan kannte man weder eine nationale Identität noch nationalstaatliche Ideen nach westlichem Muster. Und auch der gegenwärtige Zivilisationskampf in Tadschikistan läßt sich auf einen **Machtkampf zwischen den regionalen Klänen** reduzieren. Unter dem Deckmantel der Ideologie des offiziellen Kommunismus hatte in Tadschikistan die traditionelle patriarchale Gesellschaft fortbestanden. Ihre Hauptmerkmale: politischer Despotismus und Ausbeutung sozial schwacher Schichten durch die lokale Elite. Diese Elite bestand aus Parteifunktionären, Verwaltungsbeamten sowie Direktoren von Industrie- und Agrarbetrieben mit ihrer weitverzweigten Verwandtschaft. Man war KPdSU-Mitglied, russifiziert, gebildet und reich. Homogen war diese Elite nicht. Sie gliederte sich in Klane, die bestimmte Gebiete kontrollierten und sich die Macht teilten. In den letzten Jahrzehnten übten vor allem Vertreter der Klane des Nordens die Macht aus, während die Klane des Südens als eine Art Opposition auftraten. Zusammenfassend kann man sagen: Tadschikistan wird von einer kommunistischen Oligarchie beherrscht, die in ethnische Klane untergliedert ist.

Auseinandersetzungen konnten in dieser Region – auch im Rahmen der Sowjetunion – stets durch ein ausgeklügeltes ethnisches und regionales Gleichgewichtssystem unter den Stämmen vermieden werden. Ohne Einmischung von außen hätten die regionalen Stammesfürsten auch heute das Gleichgewicht und damit den "Frieden" untereinander schon längst wiederhergestellt. Die **Einmischung von außen** verwandelte den Machtkampf der Stämme jedoch in einen endlosen Zivilisationskampf, dem die UNO und die OSZE, wie früher etwa in Somalia, Rwanda oder Bosnien, hilflos gegenüberstehen. Die Einmischung Moskaus, das Zentralasien als russische Einflußsphäre betrachtet, basiert auf Moskaus Großmachtanspruch. Paradox ist dabei, daß sich Präsident Jelzin als "Demokrat" auf die Macht der tadschikischen Kommunisten stützt, um die russische Zivilisation vor der angeblichen Bedrohung durch den islamischen Fundamentalismus zu schützen. Die Nachbarstaaten Usbekistan und Afghanistan sowie die regionalen Mächte Iran, Indien, Pakistan und die Türkei mischen kräftig mit in den Auseinandersetzungen – anstatt gemeinsam mit Rußland zur Konfliktlösung beizutragen.

Tadschikistan zählt – neben Turkmenistan – zu den ärmsten und rückständigsten Ländern Zentralasiens. An der **Wirtschaftslage** hat sich auch nach der Unabhängigkeit nichts geändert. Die Mehrheit der Bevölkerung (70%) lebt in kleinen Dörfern und unterhalb der Armutsgrenze. Weite Teile des Landes bestehen aus Wüsten und Bergsteppe. Nur 6% des Bodens können landwirtschaftlich genutzt werden (Baumwollmonokultur). Deshalb ist das Land auf Lebensmitteleinfuhren angewiesen. Zu den vielfältigen Ursachen des Bürgerkriegs zählt nicht zuletzt die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung – Wohnungsmangel, schlechte medizini-

sche Versorgung, Arbeitslosigkeit, Bevölkerungswachstum (3,5% jährlich) und hohe Kindersterblichkeit. Die hochqualifizierten Arbeiter und Experten – Russen, Ukrainer, Juden, Koreaner und Deutsche – haben Tadschikistan verlassen. Das Bruttoinlandsprodukt ging 1994 im Vergleich zum Vorjahr um 31% zurück. Der Kampf gegen die Hyperinflation brachte trotz der Einführung des neuen russischen Rubels 1994 sowie eines tadschikischen Rubels 1995 keine greifbaren Ergebnisse. Die durch den Bürgerkrieg verursachten Schäden beliefen sich bislang auf 200 Mrd. Rubel. Die Auslandsschulden Tadschikistans betragen 1994 bereits 432 Mill. Dollar. Exportgüter Tadschikistans sind lediglich Baumwolle und Aluminium. Großes Interesse besteht im Ausland allerdings an den Uranvorkommen. Unter den gegenwärtigen Kriegsbedingungen ist ein Schmuggel mit angereichertem Uran nicht auszuschließen. Einzige Einnahmequellen der Bevölkerung Tadschikistans sowie der dort stationierten russischen Militärs sind Anbau, Herstellung und Handel von bzw. mit **Drogen**. Tadschikistan ist auch Transitland für Drogen aus Afghanistan und Pakistan.

## 1. Die Vorgeschichte

Die Gegensätze zwischen rivalisierenden Klänen im nördlichen und südlichen Teil des heutigen Tadschikistan lassen sich bis in die Zeiten Alexander des Großen zurückverfolgen. Alexander gründete in den südlichen Landesteilen als Teil des mazedonischen Imperiums die Provinz Baktrien. Die nördlichen Landesteile gehörten dagegen zur Provinz Sogdiana des Parther-Reiches. Im 7. Jahrh. eroberten die Araber das Land. Die Tadschiken nahmen die islamische Religion an. Dabei leisteten die Zoroaster-Anhänger im tadschikischen Süden um Kuljab den Arabern den erbittertesten Widerstand. Nachdem die arabischen Kalifen im 9. Jahrh. ihre Machtstellung eingebüßt hatten, gründeten ihre Vasallen, die **Samaniden**, einen tadschikischen Staat, der seine Herrschaft auch auf Persien ausdehnte und von 875 bis 999 bestand. Seit dieser Zeit spricht man von einem tadschikischen Volk, das seinen Ursprung auf einen iranischen Volksstamm zurückführt. Tadschiken und Perser bildeten damals eine kulturelle Einheit. In Buchara, am Hof der Samaniden, wirkte der große tadschikische Gelehrte Ibn Sina ("**Avicenna**") als Philosoph, Arzt und Mathematiker. Die Blütezeit der tadschikisch-iranischen Kultur endete mit dem Einfall der Mongolen (1219–21). Danach gerieten die Tadschiken unter den Einfluß der Usbeken. Ihre Siedlungsgebiete waren bis zum 19. Jahrh. in zahlreiche feudale Fürstentümer aufgesplittet. Die Gegensätze zwischen den türkischstämmigen Usbeken sowie türkisierten Tadschiken (Kyptschaken) im Norden und den die persische Tradition bewahrenden Tadschiken (Sarten) sowie Pamiris im Süden spiegelten sich in blutigen Gemetzeln der rivalisierenden Klane.

Die kulturell–historischen, religiösen, sprachlichen und mentalitätsbedingten Unterschiede zwischen den tadschikischen Klänen im nördlichen und im südlichen Landesteil blieben nicht nur erhalten, sie spitzten sich sogar zu, nachdem das russische Zarenreich in diese Gebiete vorgedrungen war (1866) und anschließend Russen und Engländer ihre Domänen in Zentralasien unter sich absteckten. Teile des tadschikischen Südens gerieten unter britischen Einfluß und wurden an Afghanistan angeschlossen. Im tadschikischen Norden besetzten die zaristischen Truppen den Khanat Kokand mit Chodshent als Zentrum, wo bis 1917 kapitalistische Wirtschaftsformen in Bergbau und Industrie entstanden. Im tadschikischen Süden (Karategin, Berg–Badachschan, Kurgan–Tjube und Kuljab), der bis 1924 im Emirats von Buchara, einem Protektorat des russischen Zarenreiches, verblieb, herrschten weiterhin feudale Strukturen vor. Nach der Oktoberrevolution 1917 wurde der tadschikische Norden Teil der Autonomen Republik Turkestan. Im tadschikischen Süden kämpfte bis 1922 der frühere osmanische Kriegsminister Enver Pascha für die Befreiung der zentralasiatischen Staaten von sowjetischer Herrschaft. 1923 begann in Buchara der Kampf der nationalistisch–religiösen **Basmatschenbewegung** gegen die Sowjetmacht, der erst 1936 ein blutiges Ende fand. Am 14. Oktober 1924 wurden die nördlichen und südlichen Landesteile Tadschikistans als Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (ASSR) im Rahmen der Usbekischen SSR vereinigt. Am 5. Dezember 1929 erhielt Tadschikistan den Status einer Unionsrepublik innerhalb der UdSSR.

Die Republik Tadschikistan mit dem Autonomen Gebiet Berg–Badachschan (Pamir–Gebirge) erstreckt sich über eine Fläche von rund 143.000 qkm. Sie hat Grenzen zu Usbekistan, Kyrgystan, China und Afghanistan. Von den 5,2 Mill. Einwohnern sind 3,2 Mill. (62%) Tadschiken. Die Struktur der **nationalen Minderheiten** in Tadschikistan wurde weitgehend von der Umsiedlungspolitik Stalins bestimmt. So wurden z.B. die Jagnobzen aus den Bergregionen zwangsweise in die Steppen des Südens umgesiedelt. Die Aktion zog zahlreiche Konflikte nach sich. Bereits in den 30er Jahren wurden die "Volksfeinde" Stalins, russische Kulaken, Wolgadeutsche, Krimtataren und Koreaner, nach Tadschikistan verbannt. Nach der Niederwerfung des Basmatschenaufstandes wurden turksprachige Usbeken in Gebiete umgesiedelt, die ausschließlich von persischsprechenden Tadschiken bewohnt waren. Die rund 1,2 Mill. (23,5%) Usbeken stellen (mit ca. zwei Dutzend Stämmen) die größte nationale Minderheit in Tadschikistan. Als Folge der Kolonisierung und Russifizierung befanden sich 1989 440.000 Russen, Weißrussen, Balten und Ukrainer in Tadschikistan, von denen nach Kriegsausbruch rund 340.000 das Land verließen. Zu den kleineren Minderheiten Tadschikistans (mit einem Anteil von jeweils weniger als 1%) zählen Kasachen, Kirgisen, Turkmenen, Tataren, Osseten, Baschkiren, Araber, Armenier,



Deutsche, Juden und Koreaner. Die drei letztgenannten Volksgruppen kehren überwiegend in ihre Mutterländer zurück. Die autonome Region Berg-Badachschan hat 160.000 Einwohner – Tadschiken und Pamiris. Die sprachliche und kulturelle Vielfalt dieser Berg-Völker (Wachanzen, Chugnanzen, Jasguljemen, Rochanen, Ischkaschimen, Jagnoben u.a.) im schwer passierbaren Pamir-Gebirge ist bis heute erhalten geblieben.

Die für die **kulturelle Identität** der Tadschiken wichtigsten Siedlungsgebiete liegen in Usbekistan (Buchara, Samarkand), wo heute mehr als 1 Mill. Tadschiken wohnen. In Afghanistan leben über 4 Mill. Tadschiken – mehr als in Tadschikistan. Die tadschikische Sprache gehört zu den iranischen Sprachen. Sie ist seit Anfang 1990 Amtssprache. Davor war Russisch Staatssprache. Die arabische Schrift war 1929 durch die lateinische ersetzt worden. 1940 wurde die russische (kyrillische) Schrift zwangsweise in Tadschikistan eingeführt. Eine tadschikische Literatursprache entstand zwar Anfang des 20. Jahrh. in den Kulturzentren Buchara und Samarkand, sie fiel jedoch der gewaltsamen Russifizierung zum Opfer.

Die einzige Kraft, die die Tadschiken, unabhängig von ihrer Stammeszugehörigkeit oder politischen Parteinahme, einigt, ist die islamische **Religion**. Die Tadschiken sind im Gegensatz zu den Iranern, mit denen sie Sprache und Kultur gemeinsam haben, Sunniten. Nur die Berg-Völker des Pamir in Berg-Badachschan, die früheren Anhänger des Zoroastrismus, sind ismailitische Schiiten. Das geistige Oberhaupt der Ismailiten ist Aga Khan. Seine Stiftung wurde im Mai 1995 im Auftrag der Europäischen Union in Chorog (Berg-Badachschan) tätig, indem sie dort Spenden verteilte.



## 2. Der Weg zur Unabhängigkeit

Durch die Perestrojka-Politik des sowjetischen Staats- und Parteichefs Gorbatschow 1985–91 geriet auch in der Unionsrepublik Tadschikistan die kommunistische Einparteiherrschaft, die sich auf das vorhandene Klansystem gestützt hatte, ins Wanken. Die Gegensätze zwischen den Klanen im tadschikischen Norden – mit dem Zentrum Chodshent (Leninabad) – und im Süden (Zentrum Kuljab) hatten auch während der Jahre der kommunistischen Diktatur weiter bestanden. Moskau hatte diesen Dauerkonflikt jahrzehntelang durch Ausbalancierung der Macht kontrolliert: Der Norden stellte den Parteichef, der Süden den Regierungschef. Nunmehr traten die Gegensätze unter den Klanen jedoch als **Rivalitäten zwischen Kommunisten** in den Hochburgen Chodshent und Kuljab offen zutage. Die Errichtung eines theokratischen Staates stellte insofern in Tadschikistan zu keinem Zeitpunkt eine reelle Gefahr dar. Die Gefahr lag und liegt vielmehr im Zerfall des Landes in sich bekämpfende Regionen.

Die von Gorbatschow so nicht gewollte Perestrojka (Umbau) erreichte das verarmte und rückständige Tadschikistan im Februar 1990. **Massendemonstrationen** in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe erschütterten das kommunistische Regime, als das Gerücht umging, Moskau wolle 45.000 von Pogromen bedrohte christliche Armenier aus Aserbaidschan nach Tadschikistan umsiedeln und ihnen Wohnungen zur Verfügung stellen. Der Unmut rührte vor allem von der Tatsache her, daß nach dem verheerenden Erdbeben im Januar 1989 in der Region Hissar noch immer Zehntausende von Obdachlosen in Zelten leben mußten. Auf die wachsenden sozialen Mißstände hatten bereits 1987 Berichte über die Selbstverbrennung von Frauen in Tadschikistan hingewiesen. Nachdem die Demonstranten im Februar 1990 die kommunistische Parteizentrale in Duschanbe gestürmt hatten, folgte ein Einsatz der Sowjetarmee, dem mehr als 100 Menschen zum Opfer fielen. Die Massen demonstrierten nun gegen die Sowjetarmee und die in Tadschikistan lebenden Russen. Die Unruhen waren nicht nur durch die ungelösten wirtschaftlichen und sozialen Probleme ausgelöst worden. Auch nationalistische und religiöse Motive, inspiriert von neu entstandenen informellen Gruppen, spielten eine wichtige Rolle. Nach Meinung des tadschikischen Philosophen Mirbobo Mirrachimow war der Widerstand der tadschikischen Parteiführung gegen eine Demokratisierung der wahre Grund für die Unruhen (vgl. Bess Brown, Ten Months after the Dushanbe Riots, in: Report on the USSR, January 4, 1991, S. 33).

Bei den Auseinandersetzungen zwischen **Reformern**, vertreten durch **Buri Karimow** (Gosplan-Vorsitzender) und **Otachon Latifi** (stellvertretender Ministerpräsident),

und **Konservativen** innerhalb der **Kommunistischen Partei Tadschikistans** setzten sich die Letzteren durch. Der Erste Sekretär der KP, **Kachar Machkamow** (1985–91), der zunächst einen beschränkten Pluralismus zuließ, schlug sich nach den Februar-Unruhen auf die Seite der Hardliner in der Partei. Er übernahm auch die Posten des Vorsitzenden des Obersten Sowjets und des Ministerpräsidenten in Tadschikistan und wurde Mitglied des Moskauer Politbüros der KPdSU. Um der Massenflucht der Russen aus Tadschikistan entgegenzuwirken, verabschiedete der Oberste Sowjet am 24. August 1990 eine **Souveränitätserklärung**, die einen multi-ethnischen Staat sowie den Beitritt Tadschikistans zum Unionsvertrag Gorbatschows vorsah. Im November 1990 beschloß der Oberste Sowjet Tadschikistans, das **Präsidialsystem** einzuführen. Als alternative Präsidentschaftskandidaten wurden zwei orthodoxe Kommunisten, Parteichef **Machkamow** und **Rachman Nabijew**, beide Vertreter von Klänen aus dem Norden, aufgestellt. Die Opposition forderte (u.a. durch Hungerstreiks) vergeblich, daß der Präsident vom Volk gewählt werden müsse. Der konservative Oberste Sowjet wählte am 30. November 1990 **Machkamow** zum **Präsidenten** der Republik Tadschikistan. Seine Wahl bedeutete eine Niederlage für die Reformkommunisten und die demokratische Opposition.

Unter den 15 Unionsrepubliken der UdSSR hatten im Juni 1991 nur Turkmenistan und Tadschikistan den Entwurf für den neuen Unionsvertrag Gorbatschows gebilligt. Tadschikistan hatte sich nicht vom Moskauer Putschversuch im August 1991 distanziert. Erst am 28. August 1991 – nach dem Scheitern des Moskauer Putschversuchs – faßte die KP Tadschikistans den Beschluß, aus der KPdSU auszutreten und den Namen der Partei zu ändern. Nach heftigen Protesten der demokratischen Opposition trat Präsident Machkamow am 31. August zurück. Die KP Tadschikistans nannte sich nunmehr "Sozialistische Partei". Ihren Vorsitz übernahm der frühere KP-Sekretär **Schodi Schabdolow**. Am 9. September 1991 wurde die **Unabhängigkeit** Tadschikistans proklamiert. Nachdem der Vorsitzende des Obersten Sowjets und frühere KP-Sekretär **Kadreddin Asslonow** den Posten des **Übergangspräsidenten** übernommen hatte, verbot er die Aktivitäten der KP und beschlagnahmte das Parteivermögen. Der Bürgermeister von Duschanbe, **Maksud Ikramow**, ließ auf Druck der Straße das Lenin-Denkmal entfernen. Sowohl Asslonow als auch Ikramow zählen zu den reformorientierten Kommunisten Tadschikistans.

Am 23. September 1991 zwang das konservative Parlament den Übergangspräsidenten Asslonow zum Rücktritt. Bis zum 1. Januar 1992 wurde der Ausnahmezustand verhängt. Gegen Bürgermeister Ikramow wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Die Abgeordneten wählten **Rachman Nabijew**, der 1982–1985 unter Breschnew Erster Sekretär des ZK der KP Tadschikistans war, zum neuen Vorsitzenden des

Obersten Sowjets und zum Übergangspräsidenten bis zu den für den 27. Oktober 1991 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen. Nach wochenlangen Protesten der Opposition gab das konservativ-kommunistische Parlament nach und beschloß am 2. Oktober, den Ausnahmezustand aufzuheben, die Aktivitäten der Kommunistischen Partei und ihrer Nachfolgerin, der Sozialistischen Partei, zeitweilig auszusetzen und die Präsidentschaftswahlen zu verschieben. Am 7. Oktober trat Präsident Nabijew vorübergehend von seinem Posten zurück.

Die **Präsidentschaftswahlen** fanden schließlich am 24. November 1991 statt, mit einer Wahlbeteiligung von 86,5% in 62 Wahlbezirken. Nach offiziellen Angaben gewann **Rachman Nabijew**, der sich schon einmal (am 23. September 1991) an die Macht geputscht hatte, mit 58,52% der Stimmen. Der Kandidat der demokratischen Opposition und Vorsitzende des Verbandes der Filmschaffenden der UdSSR, **Dowlat Chudonazarow**, seit 1990 Mitglied des ZK der KPdSU und Volksdeputierter der UdSSR, erhielt 30,05% der Stimmen. Die Opposition sprach von Wahlbetrug und Manipulation. Nabijew, der 1985 von seinem Posten als tadschikischer Parteichef als erstes Opfer der Perestrojka Gorbatschows zurücktreten mußte, wurde zum gleichen Zeitpunkt neuer Präsident Tadschikistans, als der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow abtreten mußte. Damit blieben die Machtverhältnisse in Tadschikistan sowohl klanmäßig als auch im Sinne der kommunistischen Nomenklatura unverändert. Präsident Nabijew vertrat die Klane und Kommunisten aus dem Norden (Chodshent), die bereits seit Jahrzehnten an der Macht waren. Es gelang Nabijew, die Kommunisten im Süden (im Gebiet Kuljab) als Verbündete zu gewinnen. Neuer Ministerpräsident und zweiter Mann in der Exekutive wurde **Akbar Mirsojew** aus dem Süden (Kuljab). Auch der neue Parlamentsvorsitzende **Safarali Kendschajew** war ein Verbündeter Kuljabi Nabijews. Der Präsidentschaftskandidat Chudonazarow, ein Pamiri aus Berg-Badachschan, hatte in diesem Machtpoker von vornherein keine Chance. Der demokratischen **Opposition** blieb nur die Alternative, in der Machtfrage neue Wege zu suchen.

Zur Zeit der Perestrojka (1985–91) entstanden in Tadschikistan, ebenso wie anderswo in der UdSSR, zahlreiche **informelle Gruppen**, die die Keime für die tadschikische Opposition bildeten. Zu einer breiten Volksfront entwickelte sich die politische Organisation "**Rastochez**" (Wiederauferstehung) unter Führung des tadschikischen Parlamentsabgeordneten **Taher Abduldshabor** mit ihren Diskussionsklubs "Rubaru". Der "Rastochez" gehörten sowohl tadschikische intellektuelle Gruppen als auch Reformkommunisten an. Auf dem Programm der nationalistischen "Rastochez" standen nationalstaatliche Ideen, als Mindestforderungen politische und wirtschaftliche Autonomie, Demokratisierung, Bekämpfung der sozialen und ökonomischen

mischen Rückständigkeit des Landes, Erneuerung der tadschikischen Kultur und Neubelebung der persisch-tadschikischen Beziehungen. Die "Rastochez" und das kurzlebige **Volkskomitee** (Waadad) unter Führung von **Buri Karimow** spielten die Hauptrolle bei den Unruhen in Duschanbe im Februar 1990. Die nationalistische "Rastochez" blieb weiterhin eine gesellschaftliche Organisation – sie wurde keine Partei, knüpfte jedoch enge Beziehungen zur Demokratischen Partei.

Zum Gründungskongreß der **Demokratischen Partei** unter Vorsitz von **Schodman Jusupow** fanden sich am 10. August 1990 mehrere informelle Gruppen zusammen. Die Partei verfügte über 15.000 Mitglieder. Ihr Organ ist die Tageszeitung "Adolat" (Gerechtigkeit). Die offizielle Zulassung als Partei erfolgte im Juli 1991. Die Demokratische Partei strebt ein westliches Wertesystem, parlamentarische Demokratie und freie Marktwirtschaft an.

Aus den informellen Gruppen der Pamiri, wie der Gesellschaft "Wiedergeburt Jagnobs" oder der "Nosri Chosron" der Ismaeliten, entstand 1991 die regionale Opposition "**Lal'i Badachschan**" unter Führung von **Asobek Amirbek** und **Dawlat Chudonasarow**, die 1992 verboten wurde.

Als die größte oppositionelle Gruppe erwies sich die am 26. Oktober 1991 gegründete **Islamische Partei der "Wiedergeburt"** (Nazdate Islamiye Tadschikistan) unter Vorsitz von **Muhammad Scharif Chimatsoda**. Die Kommunisten versuchten bereits anlässlich einer Vorbereitungskonferenz im Oktober 1990, die Aktivitäten dieser Partei, die als tadschikischer Zweig aus der von den Moslems der UdSSR 1990 in Astrachan gegründeten Allunions-Islamischen Partei der Wiedergeburt hervorgegangen war, zu unterbinden. Das offizielle Oberhaupt der Moslems Tadschikistans, der Volksdeputierte **Kadi Hadschi Akbar Turadschonsoda**, distanzierte sich zunächst von der Islamischen Partei, schloß sich ihr jedoch später an. Den islamischen Politikern Tadschikistans sind Fanatismus und Extremismus fremd. Insofern wird die Gefährlichkeit des Islam in Tadschikistan sowohl von Moskau als auch von westlichen Medien überschätzt, zumal die Klan-Solidarität gegenüber dem Gefühl der Zugehörigkeit zur islamischen Religion Priorität genießt. Dies schließt nicht aus, daß die moslemische Geistlichkeit eine alternative Kraft zu den Kommunisten darstellt.

Im Herbst 1991 schlossen sich die "Rastochez", die "Lal'i Badachschan", die Demokratische Partei und die Islamische Partei zu einem **Block der islamisch-demokratischen Opposition** zusammen. Der Block, der die Interessen der südlichen Klane, der liberalen städtischen Intelligenz und der moslemischen Geistlichkeit vertrat,

strebte eine **Demokratie westlichen Typs mit islamischer Orientierung** an. Im einzelnen forderte er: den Rücktritt der kommunistischen Regierung, die Auflösung des Parlaments, das zu 95% mit Kommunisten besetzt war, Neuwahlen auf der Grundlage des Mehrparteiensystems und die Übernahme des persischen Alphabets für die tadschikische Schrift. Schon damals war in sowjetischen und westlichen Medien die Rede von der Gefahr des islamischen Fundamentalismus in Tadschikistan (vgl. Komsomolskaja Pravda, 16.7.1991, S. 2 und Süddeutsche Zeitung, 13.9.1991, "Aufwind für die Grüne Fahne"), obwohl die Schaffung eines islamischen Gottesstaates zu keinem Zeitpunkt erwogen wurde. Die tadschikischen Kommunisten – sowohl die der nördlichen als auch der südlichen Klane – haben jedoch erkannt, daß aufgrund der starken religiösen Gefühle der tadschikischen Bevölkerung, der Schwäche der westlich orientierten demokratischen Bewegung und des niedrigen Lebensstandards ihre Macht nur von den Islamisten ernsthaft gefährdet werden kann. Im Januar 1992 wurde die **Kommunistische Partei Tadschikistans** wieder zugelassen. Zum neuen Vorsitzenden der KP wurde der bisherige ZK-Sekretär **Schodi Abdulow** gewählt.

### 3. Der Bürgerkrieg

Im April 1992 begann Präsident Nabijew mit **Repressalien** gegen Vertreter der Opposition. Der Reformkommunist und Bürgermeister von Duschanbe, **Maksud Ikromow**, wurde verhaftet und Innenminister **Mamadajes Nawschuwanow**, ein Pamiri, entlassen, nachdem sich das Autonome Gebiet der Berg-Völker des Pamir am 22. April 1992 zu einer **Autonomen Republik Badachschan** erklärt hatte. Die Opposition reagierte mit **Massendemonstrationen** und forderte die Auflösung des Obersten Sowjets, Neuwahlen, die Bildung einer Nationalversammlung (Majlis-i Milli), eine neue Verfassung sowie den Rücktritt von Präsident **Nabijew**, Parlamentspräsident **Safarali Kendschajew**, Vizepräsident **Nasrullo Dustow** und Generalstaatsanwalt **Nurullo Chuwajdullajew**. Nachdem Präsident Nabijew eine Nationalgarde und die Opposition eine Volkswehr geschaffen hatten, kam es zu **Straßenkämpfen**.

Erst am 11. Mai 1992 gelang es nach schwierigen Verhandlungen, eine **Koalitionsregierung** zu bilden. Neuer Vizepräsident wurde der Jurist und stellvertretende Vorsitzende der Islamischen Partei, **Dawlat Usmon**. Der Vertreter der "Rastochez" und Philosoph **Mirbobo Mirrachimow** erhielt den Posten des Vorsitzenden des Rundfunk- und Fernsehkomitees. **Nawschuwanow** wurde wieder Innenminister, der zur Opposition übergelaufene Kommandeur der Nationalgarde Nabijews, Generalmajor **Bachrom Rachmanow**, wurde Verteidigungsminister, der Vorsitzende des Obersten

Sowjets der Autonomen Republik Badachschan, **Akbarscho Iskandarow**, Parlamentsvorsitzender und das Oberhaupt des Kasiats, **Hadschi Akbar Turadschonsoda**, Präsidiumsmitglied im Parlament. Die Koalitionsregierung, d.h. die Teilung der Macht, war für die Opposition vorteilhaft. Im Grunde genommen bedeutete die Koalitionsregierung der "Nationalen Aussöhnung" den Sieg der Opposition.

Andererseits war es kaum vorstellbar, daß der wirtschaftlich entwickeltere Norden die führende Rolle in der Machtfrage freiwillig dem Süden überlassen würde. Im Bürgerkrieg ging es nicht um die künftige Rolle des Islam, sondern um einen Machtkampf zwischen den bisherigen kommunistischen Machthabern und der gegen dieses Regime vereinigten, aber ansonsten heterogenen Opposition.

Der Bürgerkrieg nahm seinen Anfang, als sich die islamistisch-demokratische Opposition mit Waffengewalt gegen den kommunistischen Präsidenten Nabijew und das von Kommunisten beherrschte Parlament wandte. Präsident Nabijew und die Kommunisten des Nordens (Chodschent) verbanden sich mit den Kommunisten des Südens (Kuljab) und weigerten sich, sich den Beschlüssen der neuen Koalitionsregierung unterzuordnen. Die Gebietssowjets von Chodshent (Leninabad) und Kuljab erkannten die Regierung der "Nationalen Aussöhnung" nicht an. Der Imam von Kuljab, Haidar Schafirsoda, erklärte, daß in Duschanbe die Wahabiten (islamische Ketzer) mit Akbar Turadschonsoda an der Spitze die Macht ergriffen hätten. Die von Präsident Nabijew gebildete Nationalgarde aus jungen Kuljabis blieb zwar kurzlebig, und ihre Mitglieder kehrten nach ihrer Auflösung nach Kuljab zurück. Dort gründeten sie jedoch eine neue **Miliz** unter Führung von **Rustam Abdurachim** und des Gastwirtes **Sangak Safarow**, der wegen Raubmordes zuvor 23 Jahre im Gefängnis verbracht hatte.

Die Milizen aus dem Gebiet Kuljab überfielen im Juni/Juli 1992 das ursprünglich von den Basmatschen bewohnte und von den Islamisten und Demokraten kontrollierte Gebiet **Kurgan-Tjube**, wo sie Tausende von Menschen töteten und **Flüchtlingsströme** unter der Zivilbevölkerung auslösten. Der Versuch der islamistisch-demokratischen Regierung, durch die Gründung einer **Rettungsfront "Heimat"** (Nadzhoti Watan) unter Führung von Schodmon Jusufow (Demokratische Partei) am 21. Juni sowie die Unterzeichnung eines **Friedensabkommens** am 26. Juli in Chorog auf die Ereignisse Einfluß zu nehmen, scheiterte. Sie verlor die Kontrolle über immer größere Landesteile. Im Herbst 1992 versammelten sich die bewaffneten Gruppierungen der Kuljaber Klane vor der Hauptstadt Duschanbe. Ihr Anführer Sangak Safarow gründete eine **Volksfront**, der sich auch der frühere Parlamentsvorsitzende und Kuljaber Kommunist **Safarali Kendschajew** anschloß. Im September 1992 trat Na-

**bijew** von seinem Posten als Präsident der Republik zurück und kam am 10. April 1993 unter ungeklärten Umständen ums Leben. Parlamentspräsident **Akbar Iskan-darow** (ein Pamiri) wurde neuer **Übergangspräsident** und schuf einen **Staatsrat**, der dazu beitragen sollte, den Bürgerkrieg zu beenden. Zum neuen Ministerpräsi-denten wurde **Abdumalik Abdullodschanow**, der dem Klan des früheren kommunistischen Präsidenten **Machkamow** angehörte, ernannt. Seine Ernennung wurde als Zugeständnis an die Klane des Nordens (Leninabad/Chodshent) gewertet.

#### 4. Das kommunistische Terror-Regime

Im Oktober 1992 gelang es den Regierungstruppen der islamistisch-demokratischen Koalition noch, einen Angriff der Truppen der kommunistischen Volksfront aus Kuljab und Hissar auf Duschanbe zurückzuschlagen. Da in Duschanbe und Umgebung gekämpft wurde, fand die Tagung des Parlaments in Chodshent, im Norden des Landes, statt. Das mehrheitlich von Kommunisten besetzte und von Soldaten der russischen Armee umringte Parlament beschloß die **Absetzung der islamistisch-demokratischen Regierung**. Die Kommunisten von Chodshent (Leninabad) und Kuljab, d.h. die Klane des Nordens und des Südens, ergriffen erneut die Macht. Diesmal besetzten allerdings nicht die Kommunisten des Nordens, sondern die des Südens (Kuljab) die Schalthebel der Macht.

Am 10. Dezember 1992 marschierten die Truppen der kommunistischen Volksfront schon als Regierungstruppen in Duschanbe ein. Zum neuen Vorsitzenden des Obersten Sowjets Tadschikistans wurde **Emomali Rachmonow** gewählt, ehemaliger Vorsitzender des Exekutivkomitees des Gebiets Kuljab, Direktor der Sowchose "Lenin" sowie Organisator des Widerstandes gegen die Islamisten in Kuljab. Er wurde damit automatisch auch neuer **Übergangspräsident** des Landes. Den Posten des Ministerpräsidenten behielt der Vertreter des Nordens und Ex-Sowchose-Direktor, **Abdumalik Abdullodschanow**, der nach dem Tod seines Onkels in Saudi-Ara-bien zum Dollarmillionär geworden war. Die Zusammensetzung seiner Regierung deutete jedoch auf den entscheidenden Einfluß des Südens, d.h. der Kommunisten aus Kuljab, hin. Der neu ernannte Innenminister **Jakub Salimow** war Kommandeur der paramilitärischen Milizen von Kuljab gewesen und wie Safarow ein verurteilter Krimineller. Die neuen Machthaber beschlossen, das Gebiet Kuljab und das von den Kuljabern besetzte Gebiet Kurgan-Tjube zu einem einheitlichen **Gebiet Chatlon** zu vereinigen, den Vertrag über die kollektive Sicherheit der GUS-Staaten zu ratifizie-ren und russische "Friedenstruppen" herbeizurufen. Aus den paramilitärischen Ver-bänden der Kuljaber Volksfront sollte eine Nationalarmee aufgebaut werden.



Die Kommunisten aus der Region Kuljab, die im Dezember 1992 die Macht übernommen hatten, errichteten bald ein **Terror-Regime**, das sich vor allem gegen die islamische und demokratische Bewegung sowie die Berg-Badachschaner richtete. Die Flüchtlingsströme, vor allem aus den Hochburgen der islamischen und demokratischen Bewegung (Kurgan-Tjube, Garm, Kofirnichon, Tawildara u.a.), wuchsen an. Am 21. Juni 1993 wurden die Demokratische Partei, die Islamische Partei, Rastochez, und Lal'i Badachschan verboten, ihre Anhänger, darunter zahlreiche Journalisten, zu Hunderten umgebracht oder verhaftet. Unter den Verhafteten waren der Vorsitzende des Fernseh- und Rundfunkkomitees, **Mirbobo Mirrachimow**, der Ex-Bürgermeister von Duschanbe, **Maksud Ikramow**, die stellvertretende Vorsitzende der Demokratischen Partei, **Oinichon Bobonasarowa**, der Imam der Moschee von Kurgan-Tjube und zwei Präsidiumsmitglieder der Islamischen Partei der Wiedergeburt. Die Führer der Opposition flohen nach Afghanistan (Islamische Partei), Iran (Demokratische Partei) und Moskau (Dawlat Chudonasarow von "Lal'i Badachschan"). Sie wurden in Abwesenheit angeklagt und verurteilt. Anstelle des zunächst nach Kyrgystan geflohenen Kadi, **Hadschi Akbar Turadschonsoda**, wurde der prokommunistische Imam-Khatib der Moschee von Hissar, **Fatchullo Scharifow**, als Mufti zum neuen religiösen Oberhaupt des Landes bestimmt. Ihm folgte Imam **Amonullo Negmatsoda**, nachdem Scharifow im Januar 1996 ermordet worden war.

Die Repressalien richteten sich auch gegen die nationalistisch gesinnte städtische Intelligenz. Ihre Zeitungen sowie die unabhängige Wochenschrift "Charoghi ruz" wurden verboten, der Dichter **Bozor Sobir** verhaftet. Amnesty International warf dem kommunistischen Terror-Regime Folter, barbarische Tötungen und Verantwortung für das Verschwinden von Personen vor (vgl. Süddeutsche Zeitung, 5.5.1993). Auch russische Zeitungen berichteten über die Verhaftungswellen (Nezavisimaja Gazeta, 21.4.1993; Segodnja, 29.6.1993).

Die Intensität der Repression ließ auch nicht nach, nachdem sich am 29. März 1993 Volksfront-Führer **Sangak Safarow** und sein 1. Kommandeur **Fajsalij Sajdow** bei Kurgan-Tjube gegenseitig umgebracht hatten. Zuvor hatte bereits der 3. Kommandeur der Kuljab-Truppen, **Langari Langrijew**, den 2. Kommandeur **Rostam Abdurachim** erschossen. Der Ausnahmezustand wurde im Juli 1993 verschärft und ausgedehnt. Nachdem sich zahlreiche Anhänger der islamisch-demokratischen Bewegung in das Pamir-Gebirge zurückgezogen hatten, ließ die kommunistische Regierung Ortschaften in Berg-Badachschan bombardieren.

Nachdem alle Parteien der islamischen und demokratischen Opposition verboten worden waren, blieb eine Einparteienherrschaft der **Kommunistischen Partei** übrig. Zur Wahrung des Scheins einer Demokratie wurden "Blockparteien" gegründet, die jedoch lediglich auf dem Papier existierten. Zu diesen Parteien gehörten: die **Partei der Politischen und Ökonomischen Erneuerung** des Geschäftsmannes Muchtor Bobojew, die **Volkspartei** des Vizepräsidenten des Parlaments, Abdulmadschid Dostjew, die **Partei der Nationalen Einheit** des Ex-Ministerpräsidenten Abdumalik Abdullodschanow (Leninabad), der **Volkskongreß** von Rachmon Dadabajew für russische, usbekische und koreanische Minderheiten, die **Union Progressiver Kräfte** des Ministerpräsidenten Abduschalil Samadow, die **Gerechtigkeitspartei** (Adolatho) des Lehrers Abdurachmon Karimow (Leninabad), die **Sozialistische Partei** von Mohiniso Oripowa (Leninabad) und die **Volksdemokratische Partei** von Abduschalil Chomidow (Leninabad).

Durch **Präsidentchaftswahlen** sollte das Terror-Regime der Kuljab-Kommunisten legitimiert werden. Zwei Kommunisten standen als Kandidaten zur Wahl: der Kandidat des Süd-Klans aus der Region Kuljab, der Parlamentsvorsitzende **Emomali Rachmonow**, sowie Ex-Ministerpräsident **Abdumalik Abdullodschanow**, inzwischen Botschafter in Moskau, ein Anhänger des früheren Parteichefs Machkamow aus der Nord-Region Chodshent (Leninabad). Die letztere Kandidatur erfolgte auf Druck Rußlands und Usbekistans, die stets enge Beziehungen zur kommunistischen Nomenklatura des Nordens (Chodshent/Leninabad) unterhalten hatten. Gewinner der ursprünglich für den 25. September vorgesehenen, jedoch erst am 6. November 1994 abgehaltenen Wahlen wurde **Emomali Rachmonow** mit angeblich 58,32% der abgegebenen Stimmen. Die Wahlen fanden in einem Klima der Angst und Einschüchterung – mit mehrfacher Stimmabgabe und Stimmzettelfälschung – statt. Das Wahlgesetz wurde so konstruiert, daß die islamische und demokratische Opposition keine Möglichkeit hatten, eigene Kandidaten aufzustellen. Insofern dienten die Wahlen nicht dazu, die Lage im Lande zu stabilisieren und eine pluralistische Gesellschaft zu ermöglichen. Laut UNO und OSZE waren die Grundvoraussetzungen für freie und faire Wahlen nicht gegeben. Beide Organisationen weigerten sich, Beobachter an der Wahlveranstaltung zu entsenden. Rußland dagegen bezeichnete die Wahlen als legitim und demokratisch. Moskau legte hier andere Maßstäbe an, als es sonst vorgibt zu akzeptieren. Obwohl diese russische Rechtsauffassung nicht den europäischen Normen entsprach, wurde Rußland im gleichen Jahr in den Europarat aufgenommen (vgl. NZZ, 12.11.1994). Der neugewählte **Staatspräsident** Emomali Rachmonow ernannte **Dschamsched Karimow** zum Ministerpräsidenten.

Gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen wurde am 6. November 1994 auch ein **Referendum** über eine neue **Verfassung** durchgeführt. Sie sieht ein Präsidialsystem mit einem starken Präsidenten vor. Der Präsident ernennt und entläßt die Regierung, die Verwaltungschefs der Gebiete und die obersten Richter. Sein Veto gegenüber Gesetzen des neu zu wählenden Parlaments (Majlis-i Milli) kann von diesem nur mit Zweidrittelmehrheit überstimmt werden. Ein Passus über Minderheitenschutz ist nicht vorgesehen. Die Opposition war an der Ausarbeitung der durch das Referendum sanktionierten Verfassung nicht beteiligt.

Da die fünfjährige Amtszeit des noch immer so genannten Obersten Sowjets im Februar 1995 auslief, wurden am 26. Februar 1995 **Parlamentswahlen** und gleichzeitig **Kommunalwahlen** durchgeführt. Um die 181 Sitze im Parlament bewarben sich 354 Kandidaten, darunter 213 von der Kommunistischen Partei, neun von der Volkspartei, vier von der Partei der Nationalen Einheit und ein Kandidat von der Partei der Politischen und Ökonomischen Erneuerung sowie 127 "Unabhängige". In der ersten Runde wurden 161 Abgeordnete gewählt, darunter 60 von der Kommunistischen Partei, fünf von der Volkspartei, zwei von der Partei der Volkseinheit und ein Abgeordneter der Partei der Politischen und Ökonomischen Erneuerung. Unter den Abgeordneten befinden sich zwei Russen und 12 Usbeken. Mindestens 25 Abgeordnete hatten auch schon im alten Obersten Sowjet gesessen. Am 12. März 1995 fanden **Nachwahlen** für 20 Sitze statt. Obwohl sich die Partei der Nationalen Einheit und die Partei der Politischen und Ökonomischen Erneuerung vor der Wahl zurückgezogen hatten, tauchten beide seltsamerweise in den Wahlergebnissen auf. Im Parlament dominieren die Mitglieder der Kommunistischen Partei, darunter die alte Nomenklatura Tadschikistans aus den Zeiten der UdSSR. Die "Kuljabis" des Südens behielten mit ihren "gewählten" Volksfront-Kommandeuren mit krimineller Vergangenheit das Übergewicht gegenüber den Kommunisten des Nordens aus Chodshent/Leninabad. Mit den manipulierten Wahlen wurden die alten kommunistischen Machtstrukturen wieder eingeführt. Die Oppositionsparteien waren verboten und zur Wahl nicht zugelassen. Diese Wahlen waren nicht als ein Schritt zur Wiederherstellung der nationalen Einheit nach dem Bürgerkrieg zu verstehen. Wegen ihres undemokratischen Charakters hatten OSZE und EU keine Wahlbeobachter entsandt. Moskau meldete jedoch, daß "unabhängige" ausländische Beobachter – Vertreter der Interparlamentarischen Versammlung der GUS-Staaten (Belarus, Rußland, Kyrgystan, Kasachstan) und Beobachter aus Indien, Afghanistan, Iran und den USA – die Wahlen als frei und demokratisch eingeschätzt hätten (Itar-Tass, 28.2.1995; Interfax, 28.2.1995).

Die 178 Abgeordneten des neuen Parlaments kamen am 6. April 1995 erstmals zusammen und wählten **Safarali Radschabow** zum neuen Parlamentsvorsitzenden. Nach den Wahlen verschlechterte sich jedoch die innenpolitische Situation für das Terror-Regime dramatisch. Nachdem die Klane aus der Region Kuljab alle Regierungs- und Verwaltungsposten besetzt hatten, kam es zu einem **Konflikt zwischen den Kommunisten** des Nordens und des Südens. Die Kommunisten des Nordens formierten sich in Chodshent unter Ex-Ministerpräsident **Abdumalik Abdullodschanow** und seiner Partei der Nationalen Einheit (Hezb-i Wahdat-i Milli) zu einer oppositionellen Kraft gegen die "Kuljabis". Im Süden scharte der ehemalige Parlamentsvorsitzende **Safarali Kendschajew** als Gegenspieler von Abdullodschanow in Hissar und Tursundsade Anhänger um sich. Während der Präsident auf Druck Moskaus dem Norden entgegenkommen wollte, verfolgte Innenminister **Jakub Salimow**, ein ehemaliger Volksfront-Führer aus dem Süden, weiterhin einen harten Kurs. Nach einer Schlägerei mit Präsident Rachmonow wurde er im August 1995 entlassen und zum Botschafter in der Türkei ernannt. Sein Nachfolger wurde ein Profi aus dem Sicherheitsapparat, **Saidamir Suhorow**. Nachdem Regierungstruppen bewaffnete Aufstände inszeniert hatten, wurde der Posten des Ministerpräsidenten neu mit dem ehemaligen Teppichfabrik-Direktor **Jahio Asimow** besetzt. Auch der 1. stellvertretende Ministerpräsident **Machmadsajid Ubajdullajew** wurde entlassen.

Im September 1995 begann eine **bewaffnete Rebellion** in der tadschikischen Armee. Die 1. motorisierte Schützenbrigade unter Führung des usbekischen Oberst **Machmud Chudoberdijew** überrannte in Kurgan-Tjube die in der Nähe stationierte 11. Brigade. Im Januar 1996 besetzte der frühere Feldkommandeur der Volksfront, **Ibod Bojmatow**, die Stadt Tursundsade. Beide Kommandeure forderten den Rücktritt der Regierung sowie Posten im Staatsapparat für die nördlichen Klane und die Usbeken. Präsident Rachmonow bemühte sich, den internen Konflikt zu entschärfen, indem er Regierungsmitglieder entließ und den rebellierenden Oberst Chudoberdijew zum Kommandeur einer neuen Sondereinheit der Leibgarde des Präsidenten ernannte. Am 9. März 1996 wurde ein **"Versöhnungsabkommen"** zwischen den rivalisierenden Gruppen unterzeichnet. Im Frühjahr 1996 fanden aus verschiedenen Anlässen in Tursundsade, Kurgan-Tjube und Ura-Tjube **Demonstrationen** gegen die Regierung statt. Im Juli 1996 gründeten drei frühere Ministerpräsidenten, **Abdumalik Abdullodschanow**, **Dschamsched Karimow** und **Abduschalil Samadow**, einen oppositionellen "Block der Nationalen Wiedergeburt". Davor hatte die islamische Opposition bereits einen Partisanenkrieg begonnen.

## 5. Der Partisanenkrieg der Mujahedin

Die islamische Bewegung Tadschikistans zog sich in das Pamir-Gebirge und in die Grenzregionen Afghanistans zurück und bildete dort eine Exilregierung. Unterstützung erhielt sie u.a. aus Afghanistan, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Pakistan und Ägypten. Die Führer der **Islamischen Bewegung Tadschikistans**, der im März 1993 gewählte Vorsitzende **Prof. Said Abdullo Nuri** sowie seine Stellvertreter **Kadi Akbar Turadschonsoda** und **Dawlat Usman**, zeigten sich gemäßigt. Sie traten für Demokratie und Pluralismus in Tadschikistan ein (Moskovskije Novosti, 15.8.1993). Der tadschikische Zweig der **Islamische Partei der Wiedergeburt** unter Führung von **Mohammad Scharif Chimatsoda** blieb weiterhin als Teil der islamischen Bewegung aktiv. Die Islamische Bewegung ist nach Erklärungen ihrer Führer **keine fundamentalistische Partei**. Sie will demnach weder eine Revolution nach iranischem Muster noch die Einführung der Scharia (vgl. Keith Martin, Tajikistan: Civil War without End?, in: RFE/RL Research Report, Vol. 2, No. 33, 20.8.1993). Noch im Sommer 1994 schlugen die Islamisten den Aufbau eines säkularen demokratischen Staates vor (Interfax, 29.6.1994). Nach ihrer Meinung ist der Krieg in Tadschikistan nicht mehr die Folge eines Machtkampfes zwischen kommunistischen Klanen in Kuljab und Chodshent, sondern der Einmischung der Supermächte USA und Rußland, die die Errichtung eines islamischen Staates in Tadschikistan verhindern wollen (Jomhuri-ye Eslami, 10.3.1994).

Im Mai 1993 begannen von afghanischem Gebiet aus sporadische Angriffe der islamischen Widerstandsbewegung gegen russische Ziele in Tadschikistan. 1994 wurden die militärischen Aktionen an der afghanisch-tadschikischen Grenze intensiviert. Inzwischen kontrollierten die rund 5.000 **moslemischen Partisanen**, die bereits innerhalb des Landes erfolgreich gegen die kommunistischen Machthaber operierten, schon 15% des tadschikischen Territoriums. Anfang 1995 nahm ein Untergrund-Radio (Stimme des Freien Tadschikistan) der islamischen Bewegung den Betrieb auf. Es verbreitete einen 12-Punkte-Plan der Rebellen. Im April 1995 ermöglichte die Schneeschmelze die Wiederaufnahme der Kämpfe im Pamir und an der Grenze. Die Partisanen setzten sich vor allem in den Regionen Wantsch und Kalau-Chumb fest. Nachdem die Partisanen am 12. Mai 1996 das Gebiet Tawildara erobert hatten, stand bereits fast die Hälfte des Landes unter ihrer Kontrolle, darunter das gesamte autonome Gebiet Berg-Badachschan sowie Teile der Gebiete Tachar, Jawan, Faisabad, Garm, Komsomolabad, Tdschikabad und Tawildara.

Das schwächste Glied in der islamisch–demokratischen Opposition war von Anfang an die **Demokratische Partei** mit der Forderung nach einem säkularen Staat nach westlichen Wertvorstellungen. Ihre Vetreter schlugen im August 1993 vor, einen Rat und eine Regierung der nationalen Versöhnung zu gründen (Interfax, 16.8.1993). Ende 1994 traten Spaltungstendenzen innerhalb der Demokratischen Partei auf. Ihr Vorsitzender **Schodmon Jusufow** kündigte in seinem iranischen Exil an, daß seine Partei die islamisch–demokratische Koalition verlassen werde. Er zeigte sich bereit, die Präsidentschaftswahlen vom November 1994 anzuerkennen und beschuldigte die Islamisten, Tadschikistan in ein zweites Afghanistan zu verwandeln. Dadurch erhoffte Jusufow, die Wiederezulassung seiner Partei zu erreichen und an den geplanten Parlamentswahlen 1995 teilzunehmen (Itar–Tass, 15.11.1994). Im Januar 1995 verlegte **Jusufow** sein Hauptquartier von Teheran nach Moskau. Nachdem er, ebenso wie **Asam Afsali** und **Bosor Sobir**, zur Unterstützung Rachmonows aufgerufen hatte, durfte er sich wieder legal in Tadschikistan betätigen. Andere Gruppierungen der Demokratischen Partei, die eine Loyalität gegenüber dem kommunistischen Terror–Regime ablehnten, trafen sich am 5. Juni 1995 zu einem **Kongreß** in Almaty (Kasachstan). Dort wurde **Schodmon Jusufow** als Parteichef abgesetzt. **Jumaboy Nijasow** wurde zum neuen Parteivorsitzenden und **Abdunabi Satorsoda** zu seinem 1. Stellvertreter gewählt (Interfax, 7.6.1995). Die Demokratische Partei verfolgt im Gegensatz zu der bewaffneten islamischen Opposition eine gemäßigte Oppositionspolitik (Segodnja, 10.6.1995, S. 4).

Wie in der Demokratischen Partei vollzog sich auch in den Reihen der nationalistischen **Rastochez–Bewegung** eine Spaltung. Im Januar 1996 erklärten ihre Führer, daß sie die Verfassung Tadschikistans sowie die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen anerkennen (Itar–Tass, 5.1.1996).

Die Partei der Islamischen Bewegung gründete mit den Resten der Demokratischen Partei und der Rastochez–Bewegung am 27. Juli 1995 in Teheran eine **Vereinigte Tadschikische Opposition**, der sich im März 1996 auch die Organisation "**Lal'i Badachschan**" anschloß.

## 6. Die Afghanistan–Connection

Den Rückhalt für den Partisanenkrieg der islamischen Bewegung Tadschikistans bilden die **Staaten des Mittleren Ostens** – Iran, Pakistan und Afghanistan. Ohne sie wären die Erfolge im Kampf der moslemischen Partisanen gegen das von Rußland gestützte kommunistische Terror–Regime kaum vorstellbar. Pakistan schickte isla–

mische Geistliche, Afghanistan Mujahedin. Saudi-Arabien und Iran finanzierten die Restaurierung alter Moscheen und Koranschulen und die Publikation religiöser Literatur.

Was eine potentielle Einflußnahme **Afghanistans** in Zentralasien betrifft, so hat hier ausschließlich das künftige Verhältnis zu Tadschikistan eine, dafür aber um so größere, Bedeutung. In beiden Ländern wurden etwa zu gleicher Zeit die kommunistischen Machthaber gestürzt. In Tadschikistan haben die Kommunisten jedoch mit Rußlands Hilfe die Macht zurückerobert. In beiden Ländern übernahm das Volk der Tadschiken de facto die Macht – in Tadschikistan anstelle der russischen Kolonisatoren. In Afghanistan wurde zunächst der Tadschike **Achmed Schah Masud**, Führer der tadschikischen Moslem-Kämpfer in Afghanistan, der starke Mann. Er behielt die Oberhand gegenüber seinem Rivalen, dem Führer der Paschtu-Stämme, **Gulbuddin Hekmatjar**, der eine extreme Variante des islamischen Fundamentalismus vertrat und im Kampf gegen das kommunistische Regime in Kabul von den USA, Pakistan und Saudi-Arabien unterstützt wurde. Zum wachsenden tadschikischen Einfluß in Afghanistan trug auch die Tatsache bei, daß der Anteil der in Afghanistan lebenden rund 5 Mill. Tadschiken an der Gesamtbevölkerung zunimmt. 1979 stellten sie ein Drittel der Bevölkerung. Heute haben die Tadschiken und die afghanischen Paschtu-Stämme jeweils gleiche Anteile von ca. 35%. Der Anteil der Paschtunen nahm ab, weil Tausende von ihnen das Land verlassen haben. Die rund 1 Mill. Usbeken bilden die drittgrößte Volksgruppe in Afghanistan.

Die verschiedenen vom Westen unterstützten Gruppen der afghanischen Moslem-Kämpfer (Mujahedin) waren sich nur im Kampf gegen die sowjetische Besatzungsmacht einig. Nach der Vertreibung der Sowjetarmee aus Afghanistan 1989 verbündete sich der tadschikische Kommandeur der Gruppierung **Jamiat-e Islami**, **Achmed Schah Masud** (der "Löwe vom Panschir-Tal"), mit der Privatarmee des usbekischen Generals **Abdul Raschid Dostom**, bis dahin Hauptstütze des Nadschibullah-Regimes, um im April 1992 das kommunistische Regime von **Nadschibullah** zu stürzen. Der Führer der Jamiat-e Islami, der Tadschike **Burhanuddin Rabbani**, wurde neuer afghanischer Präsident, sein Kommandant **Masud** Verteidigungsminister.

**Dostom** verlor das Machtpoker. Er tat sich deshalb mit seinem ehemaligen Todfeind, dem Führer der **Hezb-e Islami**, **Gulbuddin Hekmatjar**, zusammen. Beide gründeten im Januar 1994 einen Koordinierungsrat (Schuraj-e Hamahangi) gegen Masud und Rabbani. **Masud** schloß ein Bündnis mit den Truppen von **Ismail Khan** sowie von **Abdul Rasul Sajjaf**, der die Partei "Etehad-e Islami" anführt. 1995 tauchte eine

neue Paschtunen-Gruppe, die **Taliban**, auf, die mit Unterstützung Pakistans einen mystischen Islam in der Tradition des Sufismus vertritt. Die Taliban verband sich ebenfalls mit dem Usbeken-General **Dostom**, um die Regierung Rabbani zu stürzen.

Inzwischen zerfiel der Staat Afghanistan in "Fürstentümer", die von "Warlords" kontrolliert werden: das Zentrum (Kabul) von Rabbani, der Norden (Mazar-i Sharif) von Dostom, der Westen (Herat) von Ismail Khan, der Nordosten (Kunduz) von Masud, der Südosten von Hekmatjar und der Süden (Kandahar) von Mohammed Omar (Taliban). Keine der Gruppierungen ist vorerst in der Lage, die **Machtfrage** militärisch zu ihren Gunsten zu entscheiden. Überdies fehlt ein afghanisches Nationalbewußtsein, um den Staat neu zu beleben. Auch die islamische Religion scheint nicht in der Lage zu sein, zwischen den festgefühten Stammesstrukturen einigend zu wirken. Nachdem die **Taliban**, die im Süden des Landes einen islamischen Gottesstaat schuf, mit Unterstützung **Dostoms** die Stadt Herat im Westen erobert hatte, drohte das militärische Gleichgewicht zwischen den Gruppierungen zu kippen. Um dies zu verhindern, schlossen Präsident **Rabbani** und der Paschtune **Hekmatjar** ein neues Bündnis gegen die Taliban. Hekmatjar wurde in dieser neuen Machtkonstellation Ministerpräsident.

Der Staat Afghanistan zerfiel, weil er zum Spielball der Mächte wurde. Es geht um **Einfluß in Zentralasien** und die **Kontrolle** der Region. In Sachen Rohstoffsicherung (Öl und Gas) haben sich bereits US-Firmen engagiert und mit den "Warlords" (Dostom, Taliban) – nicht mit der afghanischen Regierung – Verträge ausgehandelt. In diesem Machtpoker kommt es den **USA** darauf an, den **Iran** zu isolieren. Hauptpartner der USA in dieser Auseinandersetzung ist **Pakistan**, das wiederum die "fundamentalistische" **Taliban** im afghanischen Machtkampf unterstützt. Insofern trägt der **Westen** selbst dazu bei, die von ihm propagierte Moderne in Gestalt des afghanischen Staates zu zerstören und den sonst gefürchteten islamischen Fundamentalismus zu fördern. Dies war schon 1979–1989 geschehen, als der Westen in Bild und Ton den Nimbus der "tapferen" Mujahedin pflegte und diese mit Stinger-Luftabwehrraketen ausüstete. Auf der anderen Seite profiliert sich der **Iran** als regionale Großmacht, indem Teheran gemeinsam mit **Rußland** und **Indien**, dessen Hauptfeind Pakistan ist, die afghanischen Gruppierungen um **Rabbani**, **Masud** und **Hekmatjar** unterstützt. Auf der Seite Teherans steht auch die **Wahdat**-Fraktion afghanischer Schiiten des früheren Präsidenten **Modscheddi**. Hinter dem Usbeken-General **Dostom** stehen **Rußland**, **Usbekistan**, **Turkmenistan** und die **Türkei**. Einem neuen Bündnis Dostoms mit Kabul steht vorerst der Tadschike **Masud** im Wege.



Vor diesem Hintergrund ist der Partisanen-Krieg der Islamischen Bewegung **Tadschikistans** zu verstehen, der quasi von allen afghanischen Gruppierungen, unabhängig von ihrer Zuordnung, unterstützt wird (vgl. Komsomolskaja Pravda, 7.2.1996, S. 3). Noch in den Jahren 1991/92 gab es zwischen Afghanistan und der tadschikischen islamischen Bewegung – außer dem üblichen Grenzverkehr und geringfügigen Waffengeschäften – kaum Kontakte. Eher waren es die tadschikischen Intellektuellen in der nationalistischen Rastocher-Bewegung, die von einer Grenzrevision und der Vereinigung aller Tadschiken in einem **Groß-Tadschikistan** träumten.

Mit dem Bürgerkrieg in Tadschikistan änderte sich die Situation. Die tadschikischen Moslem-Kämpfer verbündeten sich mit Mujahedin aus Afghanistan gegen die vorrückenden kommunistischen Milizen aus Kuljeb. Eine Massenflucht von Bürgerkriegsopfern nach Afghanistan setzte um die Jahreswende 1992/93 in der Region Pjandsch ein. Die rund 90.000 tadschikischen Flüchtlinge verteilten sich in drei Lager: zwei (Kunduz und Talikan) im Herrschaftsgebiet Masuds und eins in Mazar-i Sharif unter Dostoms Kontrolle. Während im August 1993 der neue kommunistische Machthaber Tadschikistans, **Emamoli Rachmonow**, und der afghanische Präsident **Rabbani** einen Freundschaftsvertrag unterzeichneten, bereiteten die tadschikischen Moslem-Kämpfer gemeinsam mit afghanischen Mujahedin der Islamischen Partei (Hezb-e Islami) Hekmatjars und der Islamischen Gesellschaft (Jamiat-e Islami) Rabbanis sowie Wahabis und Salafis aus arabischen Ländern eine großangelegte Gegenoffensive vor. Es ist nicht auszuschließen, daß auch der Staat Tadschikistan – wie Afghanistan – als Folge des Partisanenkrieges in von "Warlords" kontrollierte Regionen zerfällt.

Anderer Art ist die Einflußnahme des **Iran** in Tadschikistan. Teheran sieht in Mittelasien, und damit auch in Tadschikistan, eine Pufferzone, die den Iran vor potentiellen russischen Expansionsabsichten schützen soll. Gleichzeitig weckte die Verwandtschaft beider Völker Ambitionen zur Schaffung eines **Groß-Iran**. Bereits im Dezember 1991 startete Teheran eine diplomatische Offensive. Eine iranische Regierungsdelegation besuchte Tadschikistan und unterzeichnete eine Erklärung über die Prinzipien der Zusammenarbeit beider Länder. Ein im Februar 1992 vereinbartes Rundfunk- und Fernsehabkommen betont die religiösen, historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten zwischen beiden Ländern. Die Besucher aus Teheran sprachen in Duschanbe gerne über Tadschikistan als "Klein-Iran". Die schiitischen Iraner nahmen Rücksicht auf die sunnitischen Tadschiken und verzichteten auf die Verbreitung von Propagandamaterial über Ayatollah Khomeini. Statt dessen brachten sie

400.000 Schulbücher in Farsi und Aufnahmen iranischer Popmusik mit. Im Oktober 1992 entstand das gemeinsame Unternehmen "Tadsch-Iran", das die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder koordinieren sollte.

Das Interesse der **Türkei** an Tadschikistan ist weniger stark ausgeprägt, da die Tadschiken nicht zu den Turk-Völkern zählen. Erst während des Besuchs des türkischen Präsidenten Demirel im September 1995 in Duschanbe unterzeichneten beide Länder mehrere Abkommen über Zusammenarbeit. Die Entdeckung des Grabes des türkischen Generals Enver Pascha, der 1922 im Kampf gegen die Rote Armee gefallen war, in Tadschikistan im Mai 1996 und die Überführung nach Istanbul erweckten die Idee des **Pantürkismus** zum neuen Leben. Doch liegt das türkische Interesse eher in der Pflege der Beziehungen zu Turkmenistan und **Usbekistan**. Insofern mischt auch Usbekistan kräftig im Machtpoker in Zentralasien mit.

## 7. Die Usbekistan-Connection

Im Falle eines Sieges der islamischen Bewegung über die kommunistischen Machthaber in Tadschikistan dürfte ein **Konflikt** mit dem Nachbarstaat Usbekistan unausweichlich sein. In Usbekistan leben rund 1 Mill. Tadschiken, in Tadschikistan 1 Mill. Usbeken. Beide Völker sind Sunniten. Die Usbeken zählen jedoch zu den Turk-Völkern, während die Tadschiken eine persische Sprache sprechen. Ein latent vorhandener Konflikt zwischen beiden Ländern verbirgt sich hinter der von Stalin verordneten **Grenzziehung**, wonach die uralten tadschikischen Städte Samarkand und Buchara Usbekistan zugeschlagen wurden. Es liegt auf der Hand, daß Tadschikistan eines Tages diese ursprünglich tadschikischen Gebiete zurückfordert und die in Usbekistan lebenden Tadschiken eine Sezessionsbewegung organisieren. Die Gefahr einer solchen Entwicklung ist allerdings gering, solange in beiden Ländern die alte kommunistische Nomenklatura an der Macht ist.

Andererseits könnte auch eine Abspaltung des Gebiets Chodshent (Leninabad) im industrialisierten Norden Tadschikistans und sein Anschluß an Usbekistan eines Tages Wirklichkeit werden. Die meisten in Tadschikistan lebenden Usbeken sind in diesem Gebiet, vor allem im tadschikischen Teil des Fergana-Tals, ansässig. Sie stellen ein Drittel der Bevölkerung im Gebiet Chodshent. Zu Sowjet-Zeiten stellten die im Norden Tadschikistans lebenden Klane die kommunistische Parteiführung, auf die sich Moskau stützte. Der verstorbene frühere KP-Chef und Präsident Tadschikistans, **Nabijew**, soll eigentlich Usbeke gewesen sein. Jedenfalls wurde in seiner Familie Usbekisch gesprochen. Tatsächlich fühlen sich die im tadschikischen Norden

lebenden Tadschiken aufgrund der gemeinsamen sunnitisch–islamischen Religion eher den Usbeken als – aufgrund der gemeinsamen Sprache – den Persern verwandt. Nach offizieller usbekischer Auffassung sind die Tadschiken eigentlich Usbeken, die lediglich eine andere Sprache sprechen. Natürlich träumt auch die usbekische Führung von der Schaffung eines **Groß–Usbekistan**. Das tadschikische Gebiet Chodshent im Norden wird bereits als usbekische Interessensphäre angesehen. In dem von Usbeken bewohnten Norden Afghanistans kann Usbekistan mit dem Usbeken–General Dostom rechnen.

Usbekistan ist – ebenso wie Moskau – daran interessiert, daß die Kommunisten in Tadschikistan an der Macht bleiben. Eine islamisch–demokratische Regierung in Tadschikistan würde die Positionen der in Usbekistan regierenden Kommunisten gefährden. Die usbekische Minderheit in Tadschikistan war nach dem Rücktritt von Präsident Nabijew die Hauptstütze seiner kommunistischen Anhänger im Norden (Chodshent) und im südlichen Kuljab. Usbekistan unterstützte die kommunistische **Volksfront** von Sangak Safarow beim Angriff auf die islamisch–demokratische Koalitionsregierung im November 1992 durch Waffenlieferungen und militärische Beratung (Kommersant–Daily, 15.12.1992, S. 18; Nezavisimaja Gazeta, 11.12.1992).

Nach dem Sturz der islamisch–demokratischen Koalitionsregierung nahm der Einfluß Usbekistans auf die neuen kommunistischen Machthaber in Duschanbe zu. Präsident Rachmonow ernannte einen Usbeken, Oberst **Alexander Schischljannikow**, zum neuen Verteidigungsminister. Schischljannikow war zuvor im Verteidigungsministerium Usbekistans beschäftigt gewesen. Sein Stellvertreter wurde Schubajew, ein gebürtiger Russe aus Usbekistan. Als die tadschikische islamische Bewegung gemeinsam mit afghanischer Mujahedin im Mai 1993 ihre Partisanen–Aktivitäten aufnahm, gelang es ihnen, mit einer **Stinger**–Rakete ein usbekisches Kampfflugzeug vom Typ Su–24, geflogen von zwei russischen Piloten, abzuschießen (Itar–Tass, 4.5.1993). Daraufhin setzte Usbekistan MIG–23–Kampfflugzeuge auf tadschikischem Territorium gegen die Aufständischen ein.

Erst 1995 unternahm Moskau erste Schritte, um den Einfluß Usbekistans in Tadschikistan zu begrenzen. Eine bewaffnete Rebellion der in Tadschikistan lebenden Usbeken in Kurgan–Tjube und Tursunsade zeigte 1995/96 die Gefahr auf, daß der innertadschikische Konflikt sich zu einem **usbekisch–tadschikischen** Konflikt erweitern könnte. Im Mai 1996 warf der tadschikische Präsident Rachmonow dem usbekischen Staatschef Karimow vor, Hauptinitiator des innertadschikischen Konfliktes zu sein (Interfax, 17.5.1996). Usbekistan stellte kurzfristig die Gaslieferungen an Tadschikistan ein. Ob es Moskau gelingt, zwischen den beiden Kontrahenten

einen Ausgleich zu erzielen, bleibt abzuwarten. Im August 1996 vereinbarte Moskau mit Usbekistan eine Koordinierung der Politik zur Stabilisierung der Lage in Tadschikistan.

## 8. Die russische Intervention

Der Westen hat es Rußland leicht gemacht, in Tadschikistan ein kommunistisches Regime an der Macht zu halten. Der amerikanische Außenminister **James Baker**, der im Februar 1992 den kommunistischen Präsidenten Tadschikistans, Nabijew, besuchte, sagte Unterstützung zu für die Bemühungen, die Demokratie zu konsolidieren und die Marktwirtschaft einzuführen. Wie die **USA** eine demokratische Entwicklung in Tadschikistan konkret unterstützen wollten, blieb jedoch von Anfang an ein Geheimnis. US-Außenminister Baker weigerte sich bei seinem Besuch, Gespräche mit den Vertretern der Opposition zu führen und den Vorsitzenden der Demokratischen Partei, der einzigen Partei, die das westliche Wertesystem in Tadschikistan repräsentierte, zu empfangen (Nezavisimaja Gazeta, 15.2.1992). Zwar gelang es der islamisch-demokratischen Opposition kurz nach dem Baker-Besuch, mit der am 11. Mai 1992 gebildeten Koalitionsregierung die Macht zu übernehmen, Moskau sorgte jedoch dafür, daß sich die Demokratie in Tadschikistan nicht entfalten konnte.

Die in Tadschikistan stationierten **Gemeinsamen Streitkräfte der GUS** (inzwischen "Friedenstruppen") – die **201. motorisierte Schützendivision** der ehemaligen Sowjetarmee – griffen offen auf der Seite der Kommunisten in die Kämpfe zwischen der islamisch-demokratischen Koalitionsregierung und den Kommunisten, die sich in der Provinz Kuljab zur Gegenoffensive gesammelt hatten, ein. Vergeblich forderte der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Jusufow, den sofortigen Abzug der GUS-Streitkräfte aus Tadschikistan (Interfax, 29.7.1992; Krasnaja Zvezda, 5.8.1992). Vielmehr tauchten im August 1992 "Militärbeobachter" der GUS in Kuljab und Kurgan-Tjube auf, um die Möglichkeit der Entsendung von "GUS-Blauhelmen" zu prüfen (Interfax, 31.8.1992).

Am 3. September 1992 kamen die Präsidenten Rußlands, Kasachstans, Usbekistans und Kyrgystans überein, zusätzliche **Grenztruppen** nach Tadschikistan zu entsenden (Itar-Tass, 4.9.1992), ohne diesen Beschluß mit der islamisch-demokratischen Regierung in Duschanbe abzustimmen. Insbesondere Usbekistan drängte Moskau zu einem stärkeren Engagement. Präsident Jelzin ließ sich nicht lange bitten und sagte dem geschätzten "Amtsbruder" Nabijew Unterstützung zu (Süddeutsche Zeitung, 7.9.1992, S. 10). Die 201. Schützendivision der russischen Armee unter dem

Kommando von Generalmajor **Muchridin Aschurov** wurde durch die Entsendung von weiteren 1.200 Soldaten verstärkt. Die russischen Truppen besetzten die strategisch wichtigen Objekte des Landes. Von einer Neutralität der russischen Truppen im tadschikischen Bürgerkrieg konnte nicht die Rede sein. Sie rüsteten vielmehr die kommunistischen Milizen von Kuljab mit schweren Waffen (Panzer und Hubschrauber) aus und ermöglichten ihnen die Eroberung der Provinz Kurgan-Tjube sowie die Belagerung von Duschanbe. Vergeblich bat die islamisch-demokratische Regierung in einer Botschaft an UN-Generalsekretär Boutros Ghali die internationale Öffentlichkeit um Unterstützung (Itar-Tass, 30.9.1992).

Im Gegensatz zu Berichten westlicher Medien, die darauf hinausliefen, daß die russischen Soldaten die einzige Kraft seien, die die Stabilität in Tadschikistan garantieren könne (vgl. NZZ, 8.11.1992, S. 1), ist festzustellen, daß gerade die russischen Truppen, indem sie die kommunistischen Aufständischen aus Kuljab gegen die Regierung unterstützten, zur Verschärfung des Bürgerkrieges und zum Zerfall des Staates in Regionen beitrugen und damit das Land destabilisierten. Ohne Eingreifen des Militärs hätte sich die islamisch-demokratische Koalitionsregierung halten und das Land stabilisieren können. Die Erklärung des russischen Außenministers Kosyrew, daß Moskau **strategische Interessen** in Tadschikistan habe und deshalb alles tun müsse, damit "extremistische Kräfte ... nicht die Oberhand gewinnen und damit ein demokratischer Staat aufgebaut wird" (Itar-Tass, 6.11.1992; Süddeutsche Zeitung, 7.11.1992), klingt vor dem oben geschilderten Hintergrund paradox. Kosyrew meinte mit den extremistischen Kräften die islamisch-demokratische Regierung, die von der Bewegung Demokratisches Rußland unterstützt wurde, während er den tadschikischen Kommunisten, hinter denen damals das konservative russische Parlament stand, den Aufbau eines demokratischen Staates zutraute.

Es war die russische Armee, die bestimmt hatte, welche politischen Kräfte in Tadschikistan zu regieren haben. Sie forderte im Dezember 1992 die Regierungstruppen auf, die Hauptstadt Duschanbe zu verlassen (Süddeutsche Zeitung, 7.12.1992) und verhalf den Kommunisten an die Macht, die anstelle eines demokratischen Staates ein **Terror-Regime** errichteten. Nach Meinung des Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Schodmon Jusufow, wird es, solange die 201. Division Rußlands in Duschanbe bleibt, keinen Frieden in Tadschikistan und in ganz Zentralasien geben (Interfax, 6.12.1992).

Das kommunistische Terror-Regime von Präsident Rachmonow, das im Dezember 1992 mit Hilfe Rußlands und Usbekistans an die Macht gelangt war, kündigte in einem für den UNO-Sicherheitsrat vorbereiteten offiziellen Dokument an, die GUS-

Staaten um **militärische Unterstützung** zu ersuchen (Itar-Tass, 4.1.1993). Das Anliegen der neuen Machthaber, Tadschikistan an die Russische Föderation anzuschließen, ließ sich allerdings zunächst nicht verwirklichen, da Tadschikistan keine gemeinsame Grenze mit Rußland hat (Süddeutsche Zeitung, 25.5.1993). Die Forderung nach einem direkten Anschluß an die Russische Föderation wurde u.a. im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan erhoben, als Präsident Rachmonow dort eine Wirtschaftsblockade verhängte. Als Rechtsgrundlage diente ein Vertrag von 1895, wonach die Pamir-Völker für 100 Jahre Untertanen des russischen Zaren werden sollten (FAZ, 10.12.1994, Beilage Nr. 287).

Die militärische Hilfe Rußlands für die kommunistische Nomenklatura umfaßte **Waffenlieferungen** (auch durch Usbekistan und Belarus), die Aufstellung von nationalen Streitkräften sowie gemeinsame Operationen gegen die islamisch-demokratische Opposition in Tadschikistan. Außer von der 201. motorisierten Schützendivision wird die neue, demokratisch nicht legitimierte Regierung der tadschikischen Kommunisten von russischen Grenztruppen sowie von Angehörigen des ehemaligen sowjetischen KGB unterstützt. Die offizielle Erklärung, ihre Präsenz diene dem Schutz der 300.000 Personen starken russischen Minderheit, wovon rund 100.000 das Land inzwischen verlassen haben, hat mit der Realität wenig zu tun (NZZ, 16.7.1993). Für Moskau bedeutet Tadschikistan in Wirklichkeit das letzte Bollwerk gegen den politischen Islam, der mit seiner "Fundamentalisierung" nicht nur für die Republiken Zentralasiens, sondern auch mit Blick auf die 20 Mill. Moslems Rußlands eine Bedrohung darstellt (Novaja Ezednevnaja Gazeta, 30.12.1994, S. 2). Weder Moskau noch die kommunistische Führung in Tadschikistan dachten jemals ernsthaft an einen Dialog mit der islamisch-demokratischen Opposition (Rossijskaja Gazeta, 3.9.1994). Für Rußland ging es nach Angaben des stellvertretenden russischen Außenministers Tschernyschew um die Verteidigung der Grenzen der Russischen Föderation gegen das Eindringen des "islamischen Extremismus, jeder Art von Separatisten und Personen, die von einem Groß-Tadschikistan träumen" (Interfax, 14.4.1995).

Erst im Juli 1993 erhielten die militärischen Operationen der russischen Streitkräfte in Tadschikistan eine quasi "rechtliche" Grundlage, als das russische Parlament den am 25. Mai 1993 geschlossenen russisch-tadschikischen **Freundschaftsvertrag** ratifizierte. Die "rot-braune" Mehrheit im russischen Parlament ist als natürlicher Verbündeter der Kommunisten Tadschikistans zu verstehen. Aber auch Präsident Jelzin unterstützte die kommunistischen Mafia-Gruppierungen von Chodshent (Leninabad) und Kuljab, obwohl ein Bündnis mit der nicht-fundamentalistischen demokratischen Opposition Tadschikistans zumindest salonfähiger und angebrachter gewesen wäre.

Eine Rechtsgrundlage für militärische Operationen bildete außer dem Freundschaftsvertrag auch das von Rußland, Tadschikistan, Kasachstan, Usbekistan und Kyrgystan am 22. Januar 1993 in Minsk unterzeichnete **Abkommen über kollektive Sicherheit** an der Südgrenze Tadschikistans. Die weitgehend von Rußland gestellten sog. **Kollektiven Friedenstruppen der GUS** bestanden aus 25.000 Soldaten, zunächst unter dem Kommando von Generalleutnant Boris Pjankow, dann von Generaloberst Walerij Patrikejew. Zu ihnen gehörten 14.000 Soldaten der Grenztruppen und der 201. russischen motorisierten Schützendivision, die den militärischen Kern bildeten. Hinzu kam ein motorisiertes Infanterie-Bataillon aus **Usbekistan**, ein gemischtes Bataillon aus **Kasachstan** und eine Kompanie aus **Kyrgystan**. Zu den Friedenstruppen gehörten auch die Sondereinheiten des tadschikischen Innenministeriums, die jedoch im April 1994 auf Verlangen der UNO ausgegliedert wurden. Die Stationierung der "Friedenstruppen" wurde halbjährlich verlängert. Kyrgystan entsandte schließlich noch zwei weitere Kompanien (220 Soldaten), um den Abschnitt Chorog-Ischkaschim in Berg-Badachschan zu kontrollieren. Zum neuen Kommandeur der GUS-Friedenstruppen wurde im April 1995 Generalleutnant Walentin Bobryschew ernannt, zum neuen Kommandeur der russischen Grenztruppen Generalleutnant Anatolij Tschetschulin. Bobryschew löste bereits im November 1995 Generalleutnant Viktor Sawarsin ab. Tschetschulin ersetzte Generalleutnant Pawel Tarasenko.

Obwohl die Präsidenten Jelzin und Rachmonow am 7. September 1995 eine **gemeinsame Deklaration**, die mehr Integration und Zusammenarbeit zwischen Rußland und Tadschikistan vorsah, unterzeichneten, nahmen die **Meinungsverschiedenheiten** zwischen Moskau und den Machthabern in Duschanbe deutlich zu. Daran änderte sich auch wenig durch die Ernennung von Jewgenij Michajlow zum Vertreter des russischen Präsidenten, der die Aktivitäten der Exekutivorgane der Russischen Föderation in Tadschikistan koordinieren sollte. Kasachstan und Usbekistan drohten mit dem Abzug ihrer "Friedenstruppen" und erwogen, zum Schutz der tadschikischen Grenzen ein gemeinsames "zentralasiatisches" Bataillon aufzustellen. Offiziere der russischen "Friedenstruppen" beteiligten sich zunehmend an Waffen- und Drogengeschäften. Die Übergriffe des russischen Militärs auf afghanisches Gebiet, darunter Luftangriffe, nahmen zu.

Die russischen "Friedenstruppen" verhalten sich nicht neutral, sondern unterstützen eindeutig das undemokratische, kommunistische Regime des amtierenden Präsidenten Rachmonow. Ihre Aktivitäten sind als GUS-Einsatz getarnt. In Wirklichkeit handelt sich hier um eine **Intervention** der russischen Truppen. Diese verstößt selbst gegen GUS-Vorschriften, die militärische Einsätze nur mit Zustimmung aller

Konfliktparteien erlauben. Der Schlüssel für eine Friedensregelung in Tadschikistan liegt in Rußland. Es gab jedoch bisher keine Anzeichen dafür, daß Moskau an einer Befriedung Tadschikistans gelegen ist.

Das kommunistische Regime in Duschanbe wäre ohne die massive Hilfe Moskaus schon längst gestürzt. Präsident Rachmonow war bisher nicht bereit, die Opposition an der Macht zu beteiligen. Er schuf zwar 1996 einen Präsidialrat, die Opposition lehnt jedoch die Teilnahme an dieser konsultativen Körperschaft ab. Statt dessen verlangt die Opposition die Schaffung eines Rates der nationalen Versöhnung und einer Koalitionsregierung. Sie ist weiterhin bereit, die Präsenz russischer Truppen in Tadschikistan zu akzeptieren und setzt ihre Hoffnungen – wie die Tschetschenen – auf **Alexander Lebed**, von dem erwartet wird, daß er den Krieg in Tadschikistan beendet.

## 9. Die Sicht der Medien

Der Krieg in Tadschikistan findet abseits von der Weltöffentlichkeit statt. Das Desinteresse an diesem Krieg führt mitunter auch angesehenen Zeitungen dazu, Tatsachen – wissentlich oder unwissentlich sei dahingestellt – verdreht oder falsch darzustellen. Die unterschiedlichen Gründe hierfür werden an dieser Stelle nicht untersucht.

Tatsache ist, daß in Tadschikistan nach wie vor alle oppositionellen Parteien verboten sind. Sie haben also keine Chance, sich im Rahmen eines Mehrparteiensystems politisch zu betätigen (vgl. Bess Brown, Tajik Opposition to Be Banned, in: RFE/RL Research Report, Vol. 2, No. 14, 2. April 1993). Nur eine Partei ist in Tadschikistan zugelassen – die **Kommunistische Partei Tadschikistans** (80.000 Mitglieder; Parteiorgan "Golos Tadschikistana"). Sie übt in Tadschikistan wie zu Sowjetzeiten eine Einparteienherrschaft aus. Die Partei, die Mitglied der "Union der Kommunistischen Parteien – KPdSU" ist, hat ihre Aktivitäten niemals eingestellt, ihre Organisation (die Raj- und Gebietskomitees) ist durchgehend intakt geblieben (vgl. Nezavisimaja Gazeta, 22.6.1993). Ziel der Partei, die 1995 in zwei Stufen ihren 22. Kongreß abhielt, ist – so der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Tadschikistans, Schodi Schabdolow, in einem Interview – die "Neugründung der UdSSR auf freiwilliger Basis" (Pravda, 7.12.1995, S. 1). Der amtierende Präsident Tadschikistans, Rachmonow, antwortete in einem Interview mit dem russischen Fernsehen Ostankino am 30. Mai 1993 auf die Frage "Sind Sie Mitglied der KP?" – "**Ja, ich bin Mitglied der Kommunistischen Partei**" (DW Monitor-Dienst sowie BBC Monitoring Service, 1.6.1993).



Die Fehlberichterstattung in westlichen Medien begann 1992. Am 2. Juli 1992 schrieb der Moskauer Korrespondent der "**Neuen Zürcher Zeitung**" unter der Überschrift: "Flüchtlingswelle in Tadschikistan", daß es "zwischen Regierungsanhängern und muslimischen Fundamentalisten" zu blutigen Zusammenstößen gekommen sei. In Wirklichkeit handelte es sich dabei um Zusammenstöße zwischen Anhängern der islamisch-demokratischen Koalitionsregierung (seit Mai 1992 im Amt) und den Kommunisten im Süden des Landes. Der gleiche Beitrag enthielt auch den falschen Satz: "Die Bewohner der Region Kuljab hingegen unterstützen mehrheitlich den Kurs der Regierung". In Wirklichkeit unterstützten die Bewohner von Kuljab mehrheitlich die aus ihren Reihen rekrutierten paramilitärischen Truppen der Kommunisten, die die Nachbarregion Kurgan-Tjube überfielen und im Dezember 1992 die islamisch-demokratische Regierung stürzten. Von einer Unterstützung der Regierung durch die Kuljabis konnte keine Rede sein.

Zu kritisieren ist auch ein Bericht der **dpa** aus Moskau (Smets) vom 26. Oktober 1992. Darin hieß es u.a., daß der frühere kommunistische Parteichef Nabijew deshalb zum Präsidenten gewählt worden sei, weil er als Garant dafür galt, daß Tadschikistan ein asiatischer Staat mit westlicher Ausrichtung werden würde. Abgesehen von der Echtheit dieser "Wahlen" und der Tatsache, daß der Kommunist Nabijew, der mit seiner Partei programmatisch die Wiederbelebung der UdSSR anstrebte, zu keinem Zeitpunkt eine westliche Ausrichtung des Staates garantieren konnte, ist es schwer vorstellbar, daß eine schon zu Sowjetzeiten traditionell zutiefst islamisch ausgerichtete tadschikische Gesellschaft, die gerade ihre Identität auszuleben beginnt, nach westlicher Ausrichtung strebt. Richtigzustellen bleibt auch im gleichen Bericht die Meldung, daß "frühere Kommunisten und westlich-europäisch geprägte Tadschiken, aber auch Angehörige anderer in Tadschikistan lebender Völker", sich nach Kuljab zurückgezogen hätten, "um von hier aus die Macht zurückzuerobern und eine Islamisierung zu verhindern". Nach Kuljab zogen sich nicht "frühere", sondern ausschließlich "heutige" Kommunisten zurück, um die Macht zurückzuerobern, was ihnen auch gelang. Die "westlich-europäisch geprägten Tadschiken", nämlich die Anhänger der Demokratischen Partei und der Rastochez-Bewegung sowie die Pamir-Völker, zogen sich nicht nach Kuljab zurück, sondern bildeten zusammen mit der Islamischen Partei die Koalitionsregierung, die von den Kommunisten aus Kuljab und der mit ihnen verbündeten usbekischen Minderheit gestürzt wurde. Dazu der Führer der Kuljab-Kommunisten, Sangak Safarow, in einem Interview: "Wir werden Tadschikistan und Rußland von diesem demokratischen Abschaum säubern!" (Nezavisimaja Gazeta, 5. Dezember 1992).

Auch führende deutsche Tageszeitungen irrten bei ihren Schilderungen des Bürgerkriegs in Tadschikistan, so z.B. die **Süddeutsche Zeitung** vom 8. September 1992 (Seite 8), indem sie schrieb: "Kurgan-Tjube wird von muslimischen und demokratischen Oppositionsgruppen kontrolliert". Die Region Kurgan-Tjube wurde nicht von Oppositionsgruppen, sondern von den Regierungstruppen der islamisch-demokratischen Koalition kontrolliert, die von den oppositionellen Milizen der Kommunisten aus der Region Kuljab überfallen wurden, womit die Flüchtlingswelle nach Afghanistan ausgelöst wurde. Die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** sprach in ihrer Ausgabe vom 22. September 1992 von "national-demokratischen und islamischen Rebellen" in Kurgan-Tjube, obwohl diese die Regierung bildeten, und brachte zusätzlich die Falschmeldung, daß sich in der Stadt Kuljab die "Anhänger Nabijews" verschanzt hätten. Tatsache war, daß sich dort die Anhänger der islamisch-demokratischen Regierung verschanzt hatten, um sich vor den Angriffen der kommunistischen Milizen – rekrutiert aus der Kuljab-Jugend der ehemaligen Nationalgarde Präsident Nabijews – zu schützen.

Zu der im Dezember 1992 neu gebildeten Regierung Tadschikistans schrieb der "Auslandredaktor" der **Neuen Zürcher Zeitung** am 28. Juli 1993 (Fernausgabe, Seite 3), daß sie von "Exkommunisten" dominiert sei. In Wirklichkeit war die Regierung von Kommunisten dominiert, die wie Präsident Rachmonow bis heute Mitglieder der einzigen zugelassenen Kommunistischen Partei Tadschikistans sind. Unrichtig war auch in einem anderen Artikel des gleichen Autors in der Fernausgabe vom 14. August 1993 (Seite 3), daß die islamisch-demokratische Opposition "sämtliche Sympathien in der Bevölkerung verloren" hätte. Tatsache war, daß das kommunistische Terror-Regime Rachmonows sich nur mit Hilfe der russischen Armee an der Macht halten konnte, daß Hunderttausende aus dem Land flüchteten und die Partisanen Erfolge aufzuweisen hatten. All dies zeigte, daß die islamisch-demokratische Opposition die Sympathien in der Bevölkerung nicht verloren hatte.

Auch in den folgenden Jahren hielten westliche Medien an den Falschmeldungen über die "Exkommunisten" fest. So berichtete Tomas Avenarius in der **Süddeutschen Zeitung** vom 9. November 1994 ("Rußland bleibt tonangebend in Tadschikistan") über den Wahlsieg des "Ex-Kommunisten Rachmonow", obwohl Rachmonow nach eigenen Angaben bis heute Mitglied der einzig legalen Kommunistischen Partei Tadschikistans ist. Auch die **Neue Zürcher Zeitung** berichtete am 28. Februar 1995 über den "exkommunistischen starken Mann in Duschanbe, Rachmonow". Zwar schrieb die NZZ in einer späteren Ausgabe vom 14. Oktober 1995 (David Schraven/Marcus Bensmann: Russische Übergriffe in Tadschikistan) nicht mehr von "Ex-Kommunisten", doch es entspricht ebensowenig der Wahrheit, das kommunistische

Terror-Regime Rachmonows als reformkommunistisch zu bezeichnen und es damit auf die Ebene der Reformkommunisten in Polen oder Ungarn zu heben.

Verwirrung bestand in der deutschsprachigen Berichterstattung über Tadschikistan auch noch 1994 im Hinblick auf die Verwechslung der Kriegsparteien. Die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** vom 9. November 1994 (Seite 6) berichtete, daß die unterlegene islamisch-demokratische Opposition die Niederlage nicht klaglos und kampfflos hinnehmen würde. "Sie scharft sich um Abdumalik Abdulodschanow, den gegenwärtigen Botschafter Tadschikistans in Moskau". Natürlich nahm die islamisch-demokratische Opposition die Niederlage nicht kampfflos hin, sie führt bis heute einen Partisanenkrieg gegen das Rachmonow-Regime. Aber sie scharft sich nicht um den tadschikischen Botschafter in Moskau. Die FAZ brachte zwei verschiedene Kampflinien durcheinander, nämlich den Kampf der islamisch-demokratischen Opposition gegen das kommunistische Regime und den Machtkampf innerhalb der Kommunistischen Partei, der sich abspielt zwischen den Kommunisten des Nordens aus Chodshent (um Abdullodschanow und den früheren Parteichef Machkamow) und den regierenden Kommunisten des Südens aus Kuljab um Rachmonow. Zu Zeiten der UdSSR hatten stets die Kommunisten des Nordens (Chodshent/ Leninabad) die Macht in Tadschikistan inne. Der interne Machtkampf unter den kommunistischen Klanen hat jedoch mit dem Partisanenkrieg der islamisch-demokratischen Opposition nichts zu tun.

## 10. Die Präsenz der UNO und der OSZE

Die Intervention Rußlands in Tadschikistan erfolgte offiziell auf Bitten des Präsidenten Rachmonow. Ihr Ziel war, das kommunistische Regime gegen die islamisch-demokratische Opposition zu schützen. Die rechtliche Grundlage für die Intervention bildeten das Abkommen über kollektive Sicherheit der GUS-Staaten sowie der bilaterale Freundschaftsvertrag. Das Vorgehen Moskaus hatte insofern Ähnlichkeit mit den militärischen Interventionen der Sowjetarmee 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei, die formal-rechtlich ebenfalls auf Ersuchen der einheimischen Kommunisten sowie der Grundlage des Warschauer Vertrages und der bilateralen Freundschaftsverträge erfolgten. Die russischen Truppen in Tadschikistan nennen sich zwar "Friedenstruppen", verhalten sich jedoch nicht friedensstiftend und neutral, sondern unterstützen einseitig eine der Konfliktparteien. Die Präsenz der russischen Armee wirkte nicht als Stabilisierungsfaktor, sondern trug zur Verschärfung des Krieges in Tadschikistan bei.

Kürzlich beschwerte sich der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, **Alexander Lebed**, über die Anwesenheit der **OSZE** in Tschetschenien, da der Tschetschenien-Konflikt eine innere Angelegenheit Rußlands sei. Schließlich sei die OSZE auch in Nordirland oder im Baskenland nicht anwesend (Interfax, 16.8.1996). Tadschikistan und die dortigen Aktivitäten der russischen Armee sind jedoch auch nach russischer Rechtsauffassung keine innerrussische Angelegenheit. Sowohl die UNO als auch die OSZE könnten hier im Prinzip unbeschwert Flagge zeigen.

Die ersten **UN-Experten** tauchten im Januar 1993, kurz nach der gewaltsamen Machtübernahme der Kommunisten im Dezember 1992, in Tadschikistan auf (Itar-Tass, 9.1.1993). Im August 1993 führte der Sonderbotschafter des UN-Generalsekretärs, Ismat Kittani, Verhandlungen über die Möglichkeit der Rückführung tadschikischer Flüchtlinge (Itar-Tass, 25.8.1993). Gleichzeitig informierten Rußland, Tadschikistan, Kasachstan, Usbekistan und Kyrgystan den UN-Sicherheitsrat über die Entsendung von "Koalitionstruppen" nach Tadschikistan zum Schutze der tadschikisch-afghanischen Grenze (Itar-Tass, 31.8.1993).

Am 1. Dezember 1993 beschlossen die Außenminister der **KSZE/OSZE** in Rom, auf Wunsch der Regierung in Duschanbe eine Mission nach Tadschikistan zu schicken, um zwischen Regierung und Opposition zu vermitteln und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten. Die Mission begann am 19. Februar 1994 unter Leitung von Gantscho Gantscheff ihre Arbeit in Duschanbe, unterstützt von vier Mitarbeitern (ÖMZ, Nr. 5/1994).

Die **erste Verhandlungsrunde** zwischen Regierung und Opposition fand unter Schirmherrschaft der **UNO** und des neuen UN-Sonderbotschafters Ramiro Perez Ballon im April 1994 in Moskau statt. Auf seiten der Opposition nahmen Akbar Turadschonsoda und Muhammad Scharif Chimatsoda von der Islamischen Partei sowie Otachon Latifi vom Koordinierungszentrum der Demokratischen Kräfte Tadschikistans teil (Izvestija, 19.4.1994, S. 3). Man einigte sich auf eine Tagesordnung, zu der die Frage der Entwaffnung, die Rückführung der Flüchtlinge und die Durchführung demokratischer Neuwahlen gehörten.

Erste grundsätzliche **Meinungsverschiedenheiten** traten im Sommer 1994 auf, als die Regierung Rachmonow beschloß, ohne Mitwirkung der Opposition Präsidentschaftswahlen und ein Referendum über die neue Verfassung durchzuführen. Moskau und der Botschafter der **USA**, Stanley Escudero, unterstützten offenbar diese einseitige Maßnahme der tadschikischen Regierung in der Hoffnung, auf diese Weise das kommunistische Regime zu stabilisieren und eine Beteiligung der islami-

schen Opposition an der Macht zu verhindern. Die **OSZE** war dagegen der Meinung, daß der Text der neuen Verfassung den Prinzipien der Demokratie nicht entspricht und daß Referendum und Präsidentschaftswahlen nicht zur Stabilisierung, sondern zur Fortsetzung des Krieges führen (vgl. Nezavisimaja Gazeta, 6.8.1994). Die OSZE lehnte es ab, Beobachter zur Überwachung der Wahlen zu entsenden, weil die tadschikische Regierung die Vorschläge der OSZE zur Demokratisierung des Wahlgesetzes nicht berücksichtigt hatte.

Die **zweite Verhandlungsrunde**, die im Juni 1994 in Teheran stattfand, wurde ohne Ergebnis abgebrochen, obwohl der Oppositionsführer und Chef der Exilregierung, Abdullo Nuri, versicherte, daß die Opposition die strategischen Interessen Moskaus anerkenne und Rußland weiterhin Grenztruppen in Tadschikistan stationieren könne, solange es sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einmische (NZZ, 5.7.1994). Die Regierung Rachmonow war zunächst weder in Moskau noch in Teheran bereit, ein zeitweiliges Waffenstillstandsabkommen abzuschließen (Interfax, 24.8.1994). Erst bei der Fortsetzung der Teheraner Verhandlungen kam es am 18. September 1994 zur Unterzeichnung eines **Waffenstillstandsabkommens** (Itar-Tass, 18.9.1994). Dieses begann mit einem Wortbruch der Regierung, die ihre Zusage, 52 politische Gefangene im Austausch für 40 gefangene Regierungssoldaten freizulassen, nicht einhielt. Die Regierung behauptete, sie habe nur 23 politische Gefangene und weigerte sich, eine Namensliste zu erstellen.

Im Oktober 1994 trafen 16 **UNO-Beobachter**, u.a. aus Dänemark und Österreich, in ihren Einsatzorten im Pamir-Gebirge und an einzelnen Abschnitten der tadschikisch-afghanischen Grenze ein (NZZ, 22.10.1994). Im Dezember 1994 beschloß der UN-Sicherheitsrat (Resolution Nr. 968), im Rahmen der **UNMOT** (United Nations Military Observers in Tajikistan) bis zu 44 Beobachter unter der Voraussetzung zu entsenden, daß der Waffenstillstand fortgesetzt und freie Wahlen vorbereitet werden. Die Militärbeobachter sollten in Duschanbe, Tawildara und Kurgan-Tjube stationiert werden (SZ, 19.12.1994).

Während der **dritten Verhandlungsrunde** im November 1994 in Islamabad wurde vereinbart, das Waffenstillstandsabkommen bis zum 6. Februar 1995 zu verlängern, eine gemeinsame Beobachter-Kommission mit Sitz in Duschanbe zu gründen und unter Mitwirkung des Internationalen Roten Kreuzes jeweils 27 Gefangene auszutauschen (Itar-Tass, 1.11.1994). Der Gefangenenaustausch fand in Chorog statt. Die Mitglieder der **gemeinsamen Kommission** sollten ihre Aufgaben in Begleitung von **UNO-Beobachtern** durchführen. Die erste Tagung der gemeinsamen Kommission am 14. November 1994 in Duschanbe leitete der UN-Missionschef in Tadschi-

kistan, Liviu Bota. Er wurde im März 1995 durch Darko Silovic abgelöst. Die gemeinsame Kommission setzte sich aus jeweils sieben Mitgliedern der Regierungsseite sowie der Opposition zusammen, die wöchentlich zweimal in Anwesenheit der UN-Militärbeobachter tagten. Die Kommission hatte die Befugnis, nur die Waffenstillstandsverletzungen durch die tadschikische Regierung und die Opposition, jedoch nicht die der russischen Grenztruppen, zu beobachten. Die Kommission machte sich dadurch unbeliebt, daß sie zu 80% Waffenstillstandsverletzungen durch die Regierungstruppen feststellte (Nezavisimaja Gazeta, 17.11.1995, S. 3).

Im Januar 1995 forderten **OSZE**-Generalsekretär Wilhelm Höynck und **UN**-Sonderbotschafter Ramiro Perez Ballon die tadschikische Regierung auf, die für den 26. Februar 1995 vorgesehenen Parlamentswahlen zu verschieben, um den Oppositionsparteien die Teilnahme am politischen Leben zu ermöglichen (Itar-Tass, 12.1.1995). Da sich die tadschikische Regierung weigerte, dieser Aufforderung nachzukommen und damit die Abhaltung demokratischer Wahlen zu garantieren, beschlossen die **OSZE** und die **Europäische Union**, keine Wahlbeobachter zu entsenden (Interfax, 16.2.1995). Kaum war die Wahlfarce vorbei, stellte die **EU** dem kommunistischen Terror-Regime im Rahmen des Tacis-Programms jedoch **Finanzhilfen** im Wert von 4,8 Mill. Dollar zur Verfügung (Interfax, 25.3.1995).

Gleichzeitig begannen die **USA**, ihre Tadschikistan-Politik zu revidieren. Im Februar 1995 verhandelten Akbar Turadschonsoda und Muhammad Scharif Chimatsoda von der Islamischen Bewegung in den Staaten mit Vertretern der US-Regierung (James F. Collins und Robin Raphael). Sie führten auch Gespräche in Frankreich und am 5. April 1995 in Taschkent auch Gespräche mit dem usbekischen Präsidenten Islam Karimow sowie mit dem Präsidenten Kyrgystans, Akajew. Dabei beschuldigten sie Rußland und die russischen Grenztruppen in Tadschikistan, das zwischen Regierung und Opposition geschlossene Waffenstillstandsabkommen nicht anzuerkennen (Moskovskije Novosti, Nr. 24/1995, S. 10). Dies entsprach der Wahrheit. Die russischen Grenztruppen erkannten das geschlossene Waffenstillstandsabkommen tatsächlich nicht an, ließen an der tadschikisch-afghanischen Grenze keine Beobachter zu und konnten so beliebig auch afghanisches Gebiet bombardieren. Nach Angaben des Leiters der UN-Beobachtermission, Darko Silovic, töteten die russischen Grenztruppen z. B. im September 1995 grundlos zahlreiche Zivilisten.

Die ursprünglich für Dezember 1994 geplante **vierte Verhandlungsrunde**, die in Moskau stattfinden sollte, wurde immer wieder verschoben, weil die Sicherheit der Vertreter der Opposition nicht garantiert werden konnte (Interfax, 10.2.1995). Die im April 1995 in Moskau geführten Vorbereitungsgespräche wurden von der Opposition

unterbrochen, die eine Stellungnahme des russischen Außenministers Kosyrew als Drohung aufgefaßt hatte (Itar-Tass, 19.4.1995). Auch war die Opposition nicht bereit, den Waffenstillstand zu verlängern, da sie das Abkommen ohne die Anerkennung durch die russischen Grenztruppen als wertlos betrachtete. Nachdem sich Präsident Rachmonow bereit erklärte, mit Oppositionsführer Abdullo Nuri zusammenzutreffen, setzte die Opposition die Moskauer Verhandlungen fort. Ihrer Delegation gehörten an: Akbar Turadschonsoda, Muhammad Scharif Chimatsoda (beide von der Islamischen Partei), Otachon Latifi (Koordinierungszentrum der Demokratischen Kräfte), Abdunabi Sattorsoda, Chudoberdy Chaliknasarow (beide von der Demokratischen Partei), Said Saidow und Bosorali Safarow (Nezavisimaja Gazeta, 19.4.1995).

Die **vierte Verhandlungsrunde** fand schließlich im Mai 1995 in Almaty (Kasachstan) statt. Vereinbart wurde die Verlängerung des Waffenstillstands um weitere drei Monate sowie der Austausch von Kriegsgefangenen. Die tadschikische Regierungsdelegation bot dem früheren Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Schodmon Jusufow, an, nach Tadschikistan zurückzukehren und sich dort politisch zu betätigen. Den Vorschlag der Opposition, gemeinsam einen **Rat der nationalen Versöhnung** und eine **Übergangsregierung** zu bilden, lehnte sie jedoch als "nicht verfassungsmäßig" ab. Auch auf dem GUS-Gipfel vom 26. Mai 1995 in Minsk zeigte der tadschikische Präsident Rachmonow keine Bereitschaft, die Vorschläge von Kasachstan, Kyrgystan und Usbekistan zu akzeptieren und die Macht mit der Opposition zu teilen. UN-Sonderbotschafter Perez Ballon schlug vor, einen gemeinsamen **Konsultativrat** zu bilden (Interfax, 26. und 30.5.1995). Präsident Rachmonow schuf 1996 tatsächlich einen **Präsidialrat** zu konsultativen Zwecken, die Opposition lehnte es jedoch ab, sich daran zu beteiligen. Zu guter Letzt unterbreitete der russische Außenminister Primakow seinen Vorschlag über die Bildung einer gemeinsamen **Schiedskommission** mit koordinierenden und beratenden Aufgaben (Itar-Tass, 10.7.1996).

Beim Treffen des tadschikischen Präsidenten **Emomali Rachmonow** und des Führers der Vereinten Opposition, **Prof. Said Abdullo Nuri**, am 17. August 1995 in Teheran wurde ein **Protokoll** über die Grundprinzipien zur Wiederherstellung von Frieden und nationaler Einheit unterzeichnet. Man einigte sich, eine Konsultativkonferenz der Völker Tadschikistans einzuberufen und den Waffenstillstand um weitere sechs Monate zu verlängern. Im Oktober 1995 warf die Opposition der Regierung vor, durch die Verlegung einer Armee-Brigade in das Wachschtal am Fuße des Pamir das Waffenstillstandsabkommen zu verletzen (Interfax, 13.10.1995). Bei einer Schießerei zwischen der 1. und der 11. Brigade der tadschikischen Armee in Kur-

gan-Tjube kam am 18. September 1995 Oberstleutnant Wolf Spenner aus Österreich, der die **UN-Beobachtergruppe** in Kurgan-Tjube geleitet hatte, ums Leben. Dennoch beschloß der UN-Sicherheitsrat, die Mission der UN-Militärbeobachter bis zum 15. Dezember 1996 zu verlängern (Itar-Tass, 14.12.1995). Die tadschikische Regierung verhinderte allerdings eine Beobachtung der Kämpfe und großangelegten Militäroperationen im Bezirk Tawildara. Tawildara wurde am 12. Mai 1996 von den Kräften der Vereinigten Opposition erobert.

Am 26. Februar 1996 lief die Frist des Teheraner **Waffenstillstandsabkommens** sowie des Mandats der gemeinsamen **Überwachungskommission** ab, ohne daß eine Verlängerung erreicht werden konnte. Zugleich wurde der Leiter der Oppositionsseite der Kommission, Safar Rachmonow, von Regierungssoldaten in Duschanbe entführt. Kurz davor hatte die tadschikische Regierung den Schutz für die Mitglieder der Kommission aufgehoben. Die restlichen sechs Mitglieder der Kommission, die von der Opposition gestellt wurden, flüchteten in die iranische Botschaft. Sie trauten weder der Regierung noch der UNO-Mission. Sie nahmen ihre Arbeit erst auf Veranlassung des neuen **UN-Sonderbotschafters** Gerd Merrem im Juni 1996 wieder auf. Die tadschikische Regierung gewährte ihnen nur einen "begrenzten" Schutz, was bedeutete, daß die Bewegungsfreiheit der Kommission erheblich eingeschränkt wurde (Itar-Tass, 12.6.1996). Soldaten der tadschikischen Armee hinderten im Juli 1996 die UN-Beobachtermision daran, die Einhaltung des Waffenstillstands in Tawildara zu beobachten, woraufhin die Mission ihre Tätigkeit in Tawildara einstellte (Interfax, 31.7. und 14.8.1996).

Die **fünfte Verhandlungsrunde** endete im Juli 1996 in Aschhabad (Turkmenistan) mit der Unterzeichnung einer **Deklaration** über die Verlängerung des Waffenstillstands bis zum 31. Dezember 1996 und eines **Protokolls** über Gefangenenaustausch. Es wurde auch ein neues Treffen zwischen Präsident Rachmonow und Oppositionsführer Abdullo Nuri in Moskau vereinbart.

Im Gegensatz zu den Aktivitäten der UNO ist es um die **OSZE-Mission** in Tadschikistan inzwischen still geworden. Während die UNO-Mission durch ständige Kontakte zu Regierung und Opposition als mehr oder weniger erfolgreicher Vermittler eine nützliche Aufgabe erfüllt, pflegt die OSZE zu einseitige Beziehungen zum kommunistischen Regime von Präsident Rachmonow. Diesem Regime, das Denkmustern aus Breshnew-Zeiten verhaftet ist, im Kriegszustand demokratische Prinzipien beizubringen, dürfte illusorisch sein. Das von der OSZE organisierte **Seminar** über Sicherheit und vertrauensbildende Maßnahmen in Zentralasien im April 1996 in Duschanbe sowie die OSZE-Projekte, einen **Ombudsmann für Menschenrechte**



sowie eine unabhängige **Volksanwaltschaft** einzusetzen, stießen bislang seitens des Rachmanow-Regimes, das ums Überleben kämpft, auf wenig Interesse.

Obwohl das Desinteresse Präsident Rachmonows an demokratischen Prinzipien offenkundig ist, bevorzugte der Westen weiterhin sein Regime. Der **IWF** gewährte Tadschikistan im Mai 1996 erstmals einen Kredit von 22 Mill. \$. Wenig später stellte die **Weltbank** dem Regime 55 Mill. \$ zur Verfügung. Schließlich versprach die **Euro-päische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung**, die bereits vier Mill. \$ für eine Landebahn des Flughafens Duschanbe zur Verfügung gestellt hat, bis Ende 1996 weitere 15 Mill. \$ zu überweisen. All dies verstand eine IWF-Delegation, die im August 1996 Duschanbe besuchte, als eine "Geste der Unterstützung" für das Rachmonow-Regime, mit dessen "Wirtschaftsreformen" sich die IWF-Delegation sehr zufrieden zeigte (Itar-Tass, 13.8.1996).

(Fertigstellung des Manuskripts: 31. August 1996)

4/1996

György Konrád:  
*Paradoxe vor den Toren des Reiches*

Wolfgang Streeck:  
*Die Ent-Zivilisierung des Kapitalismus*

Heidulf Schmidt:  
*Das neue Gewand der lateinamerikanischen Krise*

Norbert Lechner:  
*Lateinamerika zwischen Demokratisierung und Modernisierung*

Klaus Eßer:  
*Entwicklungsperspektiven Lateinamerikas*

Dietmar Dirmoser:  
*Castros Kuba: Anachronismus oder Transformation?*

*Weiterhin Sanktionen gegen Kuba? / Still Sanctions Against Cuba?*  
John Sweeney, Rolf Linkohr

#### Rezensionen / Book Reviews:

Die Beziehungen der USA zu Mexiko und Brasilien - Der Staat in Lateinamerika - Mexiko im Wandel - Islamischer Weg und islamische Sackgasse - Die Dritte und die Erste Welt im Dialog - Die Netzwerkgesellschaft - Game Theory and International Relations - Die europäische Herausforderung - Welche Sprache für Europa? - Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts - Genscher: Erinnerungen

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zu beziehen vom Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 53129 Bonn (Tel 0228/238083, Fax 0228/234104), zum Preis von DM 26 frei Haus (Jahresabonnement DM 68 frei Haus)

Nr. 70            Henrik Bischof  
April 1996        Rußlands Wahlen und die NATO-Osterweiterung  
ISSN 0938-9571  
ISBN 3-86077-512-X

Nr. 71            Henrik Bischof  
Der Krieg in Tadschikistan  
- Zusammenprall der Zivilisationen? -  
ISSB 0938-9571  
ISBN 3-86077-552-9

**Aus dem/ Arbeitsbereich "Außenpolitikforschung/Osteuropa"**

**Studien**

Jan. 1992        Henrik Bischof  
Die europäische Sicherheit und das Pulverfaß Osteuropa  
ISSN 0938-9571  
ISBN 3-86077-015-2

Juni 1992        Henrik Bischof  
Die islamischen Republiken der GUS in Mittelasien und im Trans-  
kaukasus  
ISSN: 0938-9571  
ISBN: 3-86077-017-9

Juli 1992        Henrik Bischof  
Die Tschechoslowakei am Scheideweg  
- Die Zukunft der Föderation -  
ISSN: 0938-9571  
ISBN: 3-86077-018-7

Sept. 1992       Henrik Bischof  
Regimewechsel in Aserbaidshan und der Krieg um Berg-Karabach  
ISSN: 0938-9571  
ISBN: 3-86077-020-9

Okt. 1992        Henrik Bischof  
Rumänien - die "gestohlene" Revolution -  
ISSN: 0938-9571  
ISBN: 3-86077-105-3

Jan. 1993        Henrik Bischof  
Rußland - Machtkampf im Kremel  
ISSN: 0938-9571  
ISBN: 3-86077-107-8

Feb. 1993      Henrik Bischof  
Perspektiven für ein Groß-Serbien  
ISSN: 0938-9571  
ISBN: 3-86077-108-6

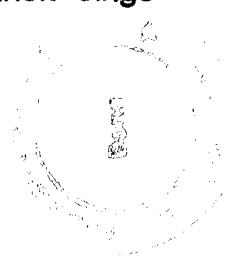
Studien aus dem Arbeitsbereich "Außenpolitikforschung/Osteuropa" werden künftig nicht mehr gesondert, sondern im Arbeitsbereich "Außenpolitikforschung" geführt.

**Aus dem Arbeitsbereich "Forum Deutsche Einheit":**

**Faltblattreihe "Forum Deutsche Einheit - Aktuelle Kurzinformationen"**

- Nr. 1/91      Wohnungsnot und Wohnungsmarkt in den neuen Bundesländern
- Nr. 2/91      Gesamtdeutsche Verkehrsprobleme auf Straße und Schiene
- Nr. 3/91      Hochschulen im Umbruch
- Nr. 4/91      Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft
- Nr. 5/91      Reizüberflutung - neue und alte Medien in Deutschland-Ost
- Nr. 6/91      Gesundheitswesen: mehr Staat oder mehr Markt?
- Nr. 7/91      Im Blickpunkt: Schulen
- Nr. 8/91      Gewerkschaften heute: Der Kampf um die soziale Einheit
- Nr. 1-2/92      Währungsunion. Liberté, Egalité, Portemonnaie
- Nr. 3-4/92      Jugend zwischen Freiheit und Frust
- Nr. 5/92      Reisen in Deutschland
- Nr. 1-2/93      Senioren 2000
- Nr. 3-4/93      Jugend und Gewalt - Jugend ohne Wertvorstellungen?
- Nr. 5/93      Aufgabenfelder der Jugendarbeit
- Nr. 6/93      Ehe und Familie im Wandel

Mit dieser Nummer wird die Reihe "Forum Deutsche Einheit" eingestellt



**Schriftenreihe "Forum Deutsche Einheit - Perspektiven und Argumente"**

- Nr. 5/91      Wolf Oschlies  
Die Sorben - Slawisches Volk im Osten Deutschlands  
**2. überarbeitete Auflage**
- Nr. 6/91      Peter Joachim Lapp  
Die fünf neuen Länder
- Nr. 7/91      Manfred Ackermann  
Der kulturelle Einigungsprozeß.  
Schwerpunkt: Substanzerhaltung
- Nr. 8/91      Hermann-Josef Rodenbach  
Rechtsangleichung im vereinigten Deutschland
- Nr. 9/92      Peter Joachim Lapp  
Ein Staat - Eine Armee.  
Von der NVA zur Bundeswehr
- Nr. 10/92     Klaus Schubert (Hg.)  
Interessenverbände in den neuen Bundesländern
- Nr. 11/92     Hans Mittelbach  
Strukturwandel in der Landwirtschaft
- Nr. 12/93     Wolfgang Schilling  
Neue Strukturen für das deutsche Theater
- Nr. 13/93     Peter Joachim Lapp  
Das Zusammenwachsen des deutschen Parteiengefüges
- Nr. 14/93     Hans Mittelbach  
Vermögenspolitik in Deutschland
- Nr. 15/93     Helma Harrington  
Mündige Bürger in der Informationsgesellschaft

Mit dieser Nummer wird die Reihe "Forum Deutsche Einheit"  
eingestellt